Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 180.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Dienstag, 18. April

Inserate 1½ Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

Amtliches.

Berlin, 17. April. Se. M. der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht: Den Marine-Ober-Ingenieur für Wasserbau und Landbau Wagner zum Marine-Hafenbau-Direktor zu Wilhelmshaven mit dem Range eines Ra[illegible] Kl. zu ernennen und dem Marine-Ober-Ingenieur für Wasserbau und [illegible] zu König bei Gelegenheit seiner Verwendung als Hilfsdezernent für Land- und Wasserbau im Marine-Ministerium, den Charakter als Admiralitäts-Rath, mit dem Range eines Rathes 4. Kl. zu verleihen.

Berlin, 17. April. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Hofkammer-Präsidenten und Hof-Jägermeister v. Schwarzkoppen hierselbst den Rothen Adler-Orden 2. Kl. mit Eichenlaub; dem Landbaumeister a. D. Marwedel zu Lüneburg, dem Pfarrer Kunze zu Zeppernick im ersten Jerichowschen Kreise und dem Kreis-Wundarzt Bachmann zu Kulm den Rothen Adler-Orden 4. Kl. zu verleihen; sowie den Rittergutsbesitzer v. Reuß auf Lossen zum Landrathe des Kreises Brieg, Reg.-Bezirk Breslau, zu ernennen.

Der Wundarzt erster Klasse Zumwinkel ist unter Belassung seines Wohnsitzes in Gütersloh zum Kreiswundarzt des Kreises Wiedenbrück ernannt worden. Der bisherige erste ordentliche Lehrer beim Gymnasium in Rössel, Oberlehrer Dr. Prill, ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Braunsberg berufen werden.

Der Wasserbau-Inspektor Heß in Lüneburg ist unter Verlegung seines Wohnsitzes nach Hannover zum Meliorationsbau-Inspektor für die Landdrosteibezirke Stade, Lüneburg, Hannover und Hildesheim eenannt worden.

Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 8. April 1871 — betreffend Auflösung der für das Norddeutsche Bundesgebiet eingesetzten fünf General-Gouvernements.

Ich will unter den jetzigen Verhältnissen genehmigen, daß die durch Meine Ordres vom 18. und 22. Juli v. J. für das damalige Norddeutsche Bundesgebiet eingesetzten fünf General-Gouvernements aufgelöst werden und beauftrage Sie, hiernach das weiter Erforderliche, resp. wegen Demobilmachung und Auflösung dieser General-Gouvernements, zu veranlassen und bekannt zu machen. Hinsichtlich der betreffenden Personal-Bestimmungen werde Ich unmittelbar an die General-Gouvernements verfügen.

Berlin, den 8. April 1871.

Wilhelm.
Fürst Bismarck. von Roon.

An den Reichskanzler und den Kriegs-Minister.

Die polnische Nationalität.

II.

Die Nationalität umfaßt nicht „alle Forderungen, Bedürfnisse und Wünsche“ einer Persönlichkeit, der polnischen so wenig wie jeder anderen Individualität. Aber wenn sie nicht Alles, was der Mensch erstrebt, in sich schließt, welche Forderungen sind es nun, die in der nationalen Gemeinschaft ihren Boden und ihre Grenze finden?

Die Staatsrechts-Philosophen haben viel darüber nachgedacht; die Einen wollen eine Menge Forderungen, wenn auch nicht so viele als der „Dziennik“ aus der Nationalität ableiten; die Andern mögen der Nationalität, dieser unfreien, auf dunklen Abstammungsverhältnissen beruhenden Gemeinsamkeit gar keine Berechtigung zuerkennen. Die bewußte freie und sittliche Gemeinschaft, meinen z. B. die Philosophen der „Vereinigten Staaten Europas“, sei das den Menschen würdige Prinzip der Volksgesellschaft, nicht die Stammesverwandtschaft, welche nur zum Völkerhaß und zur Trennung der Völker führt.

Wir erkennen die Nationalität als Grundlage gewisser Berechtigungen im Gemeinleben der Menschen an und fragen deshalb: „Welches sind die Forderungen, Bedürfnisse und Wünsche, ohne welche der Mensch als Nationalmensch nicht bestehen kann?“ Als wesentliche nennt man Sprache und Sitte, wie sie in der Familie und im Volksleben zu Tage tritt; außerdem kann die Nationalität noch die Berechtigung geben zu einem Nationalstaat, — indessen die wenigsten Nationen besitzen einen solchen, die meisten leben mit andern Völkern untermischt, ja es giebt sogar nicht einen einzigen Nationalstaat, welcher nur eine Nation umschlösse; was ihn zum Nationalstaat macht, ist der Umstand, daß eine Nation die herrschende ist. Hic haeret aqua! Die Unversöhnlichen unter den Polen verlangen ihre Herrschaft zurück. Das scheidet sie von uns und vielen ihrer Landsleute. Denn Niemand hindert sie, in Preußen ihre Sitte und Sprache zu pflegen und darauf ein eigenartiges Kulturleben zu begründen. Allein von einem solchen nationalen Stillleben, wie es die Holländer oder Schweizer lieben, wollen diese Unversöhnlichen nichts wissen, sie lassen ihre Nation gar nicht zur ruhigen Pflege ihrer nationalen Kräfte kommen.

Jetzt zur Hauptsache! Das polnische Blatt hebt unter den Bedürfnissen, welche die Nationalität umfassen soll, besonders eins hervor: Die katholische Kirche. Das ist eine vollständig reaktionäre Anschauung. Die Völker des Alterthums hatten allerdings eine Nationalreligion und Nationalgötter. Alle zivilisirten Völker der Neuzeit jedoch bekämpfen die Bevorrechtigung einer Kirche. In Deutschland bringen selbst die Ultramontanen der Forderung nach Gleichberechtigung aller Konfessionen ihre Huldigung dar, wenn sie auch dabei selbstsüchtige Zwecke verfolgen. Der „Dziennik“ aber verlangt eine polnische Kirche als wesentlichen Bestandtheil der polnischen Nationalität d. h. kein Katholik — kein Pole. Was sind dann die polnischen Protestanten und Kalvinistdn, die polnischen Atheisten und Materialisten? Wir glauben der „Dziennik“ wird mit seiner Auffassung von polnischer Nationalität selbst unter seinen Landsleuten nicht viel Glück machen; wenigstens sagt die „Gazeta Torunska“ angesichts der Wahl in Birnbaum-Samter-Obornik Folgendes:

Der „Tygodnik kat.“ erklärt, daß es „unter uns Polen keine Juden giebt.“ Das ist nicht bedingungslos wahr, aber es muß mit der Zeit so kommen, wenn wir die katholische Religion für ein nothwendiges Charakteristikum der Nationalität hinstellen werden. Unsere gesellschaftlichen Verhältnisse zwingen bei uns die Juden, sich auf die engste Beziehung mit den Stammesgenossen zu beschränken, die politischen Verhältnisse und der Mangel eines Antriebs, sich und ihre Interessen freiwillig zum Opfer zu bringen, zwingt sie oft, nicht nur ihre eigenen Gefühle für die Polen zu verbergen, sondern gradezu fingirte Gefühle hervorzukehren. Eine prinzipielle Unterstützung seitens der Juden bei unsern nationalen Bestrebungen haben wir nur da zu hoffen, wo diese keine religiöse Beimischung haben, aber nicht da, wo die Unklarheit der Begriffe nicht nur nicht Nationalität und Religion unterscheidet, sondern sogar zuweilen die Religion mit der Nationalität verwechselt. Zu den Wahlkreisen, wo die polnischen und deutschen Stimmen sich die Wage halten, gehört derjenige von Birnbaum-Samter-Obornik, wo wegen der Aufstellung eines katholischen Kandidaten der polnische Kandidat durchfiel, und der Wahlkreis Wirsitz-Schubin, wo der polnische Kandidat Skórzewski siegte, von dem nicht verlautet hat, daß er sich zu dem kostener Programm bekannt hätte, und zwar mit etwa 70 Stimmen siegte, welchen Sieg wir der äußersten Anstrengung unserer Kräfte und der Hilfe der Juden verdanken, von denen ein Theil in den kleineren Städten mit uns gestimmt hat.

Die „Gazeta Torunska“ erkennt hiermit Juden als Polen an und dies entspricht der Auffassung, welche in Galizien und auch in Russisch-Polen Verbreitung hat, wo viele Juden als Polen sich geriren und von einem großen Theil der Bevölkerung als Polen anerkannt werden; haben doch an dem Aufstande von 1863 eine Menge jüdischer Polen Theil genommen. In der That wird die Nationalität nicht blos durch die Abstammung erlangt, sondern auch durch Adoption, welche hier Naturalisation heißt; und so werden bei allen zivilisirten Völkern die Juden, welche Sprache und Sitte ihres Adoptivlandes annahmen und ihr Schicksal mit der anderen Nation verschmolzen, als Nationale ihrer neuen Heimath angesehen. Ob die „Gazeta Torunska“ nicht nur im Prinzip, sondern auch in diesem konkreten Fall berechtigt ist, Juden als Polen anzusehen, soll hier nicht untersucht werden. Wir konstatiren nur, daß zwei polnische Blätter über die Grenzen der Nationalität durchaus verschiedener Meinung sind.

Welch ein Widerspruch! Die polnische Zeitung in Thorn fordert die Juden auf, für den Grafen Kwilecki zu stimmen, und das polnische Blatt in Posen sagt ihnen, daß ein National-Pole als Abgeordneter die Aufgabe mitnehme die polnische Kirche zu vertheidigen. Die Juden als Schutzgeister des Katholizismus — ein nettes Bild in der That.

Wodurch unterscheiden sich nun eigentlich die Nationalen des „Dziennik“ von den Ultramontanen des „Tygodnik“? Die Vertheidigung „unserer Kirche“, — welche, nebenbei bemerkt, in Preußen nichts weniger als bedroht ist, — ist eine der Aufgaben des Polenthums, sagt der „Dziennik“; es ist die erste Aufgabe, sagt der „Tygodnik“. Das ist der ganze Unterschied, es handelt sich nur um etwas mehr oder weniger.

Diese Verquickung von Nationalität und Religion ist ganz geeignet, einfache Leute oder unklare Köpfe vollends zu verwirren. Im Trüben ist gut fischen. Wie Sprache und Sitte so wird auch die Religion benutzt, um sie für politische Zwecke auszubeuten. Das ist die Politik der Unversöhnlichen. Sie hat bereits für die polnische Bevölkerung verderbliche Folgen gehabt. Zunächst die, daß die Deutschen, welche frei von Nationalhaß und immer zu Versöhnung geneigt, unter anderen Verhältnissen selbst den Polen beistehen würden, ihre nationalen Bedürfnisse zu befriedigen, alle polnischen Bestrebungen mit Mißtrauen betrachten. Die andere Folge ist, daß heut die Polen nicht nur vom nationalen sondern auch vom freisinnig-religiösen Standpunkte aus bekämpft werden, denn allein die Bundesgenossenschaft der Unversöhnlichen mit der Klerisei trägt die Schuld, daß in den polnisch-deutschen Gegenden der Ultramontanismus solche Ausbreitung und Macht gewonnen hat. Und welche Erfolge kann der Polonismus dafür aufweisen? Keine! Es sei denn der, daß er heut mehr als je von der Geistlichkeit abhängt. Wir wollen damit nicht sagen, daß ein nationaler Kandidat gar keine Wähler hinter sich haben würde, indessen wir behaupten, daß fast nirgends ein Pole gewählt worden sein würde, der erklärt hätte, die Vertheidigung der polnischen Kirche sei keine national-polnische Aufgabe.

Und nun unsern Bescheid! Der „Dziennik“ hat Unrecht, wenn er sagt, unserm Vorschlage, in Birnbaum-Samter-Obornik einen Kandidaten mit einem rein nationalen Programm aufzustellen, werde Genüge geleistet. Graf Kwilecki übernimmt als polnischer Abgeordneter auch die „Vertheidigung der polnischen Kirche.“ Und das genügt den meisten Geistlichen ebenso wie den Bauern; ob Graf Kwilecki nebenbei noch nationale Proteste mitmacht, das ist Vielen ziemlich egal und viele Andere verstehen es nicht. Nicht ein rein nationales Programm giebt also der „Dziennik“ seinem Kandidaten mit, sondern ein katholisch-nationales. Wir verlangten ein Goldstück und der „Dziennik“ überreicht uns einen vergoldeten Groschen, auf dem der Werth des Goldstücks geschrieben steht; er gebe solche Münze seinen Bauern, indessen er hoffe nicht, damit die Kosten zu bestreiten des Prozesses gegen Bismarck; denn er kann den Beweis nicht liefern, daß die Unversöhnlichen bei ihren revolutionären Bestrebungen, ein Stück Preußen loszureißen von Preußen, das polnische Volk hinter sich haben.

Deutschland.

△ **Berlin,** 17. April. In wie weiten Kreisen das Genie des Fürsten Bismarck und der Sieg Deutschlands über Frankreich anerkannt und gefeiert wird, geht u. A. auch daraus hervor, daß dieser Tage portugiesische Bürger, Bewohner der Stadt Ponte bel Gada San Miguel (Azoren), eine lange und in blühender Sprache abgefaßte Adresse an den Fürsten-Reichskanzler gerichtet haben, in der sie ihre begeisterte Freude über Deutschlands Erfolge und die Wiederherstellung seiner Einheit aussprechen und den Kanzler dazu beglückwünschen. In Bezug auf die deutschen Siege zitirt die Adresse das Wort Camoens: „Es schweigt der Ruf Alexanders und Trajans vor dem Siege, den sie erlangten.“ — Wie man aus guter Quelle von Bern erfährt, wenden sich gegenwärtig häufig ausgewanderte Schweizer Bürger an den Bundesrath mit der Bitte, sich unter den Schutz deutscher Konsule stellen zu dürfen, und zwar soll dieß namentlich von solchen geschehen sein, welche ihren Schutz bisher unter franz. Flagge suchte. — Die „Times“ vom 13. d. M. spricht sich in mehren Artikeln sehr entschieden über die Unentschlossenheit und Unfähigkeit der versailler Regierung gegenüber dem Aufstande in Paris aus, und fällt ein Urtheil über die gegenwärtigen Staatsmänner Frankreichs, welches man in hiesigen Kreisen im Wesentlichen theilt. Sie sagt u. A.: „Mit jedem durch Unentschlossenheit verlorenen Tage wächst die Schwierigkeit des Unternehmens. Abgesehen von allen Fragen der Klugheit und Gerechtigkeit ist es unmöglich sich, der Ueberzeugung zu verschließen, daß die gegenwärtige Geschichte Frankreichs einen beklagenswerthen Mangel polititischer Intelligenz auf Seiten Aller bekundet, welche zu irgend einer politischen Pflichterfüllung berufen sind. Die Unschlüssigkeit der loyalen Bürger von Paris, die Unbereitschaft des Herrn Thiers und seiner Kollegen, die Verwirrung der National-Versammlung, und wie wir hinzufügen wollen, das vage und unbefriedigende Raisonnement in Guizots Brief kann auf eine Ursache zurückgeführt werden: eine augenscheinliche Unfähigkeit, die Bedeutung und das Ziel der Bewegung in Paris zu begreifen“ u. s. w.

▱ **Berlin,** 17. April. [Schreiben Bismarcks und Moltkes an den Magistrat. Der Konsistorialerlaß betr. den Uebertritt zum Judenthum. Die parlamentarische Soiree beim Fürsten Bismarck. Rumänische Eisenbahnen. Reichshypothekenbank. Auszeichnung.] Bekanntlich ist dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Moltke seitens der Stadt Berlin das Ehrenbürgerrecht ertheilt worden. In der letzten Stadtverordnetensitzung kamen die Antwortschreiben genannter Herren zur Verlesung, in welchen dieselben für die ihnen gewordene Auszeichnung den städtischen Behörden ihren Dank abstatten. Fürst Bismarck erwähnt in seinem Schreiben u. A., daß es für ihn um so wohlthuender sei, zu den Ehrenbürgern der Hauptstadt beigezählt zu werden, als er seit 50 Jahren den größeren Theil seines Lebens in den verschiedensten Phasen desselben in Berlin zugebracht habe und ihm die Residenz thatsächlich zur Heimath geworden sei. — Die Stadtverordnetenversammlung hatte den Magistrat unterm 9. März eine gegen den bekannten Erlaß des königl. Konsistoriums der Provinz Brandenburg vom 27. Dezember v. J., den Uebertritt zum Judenthum betreffend, gerichtete Petition mit dem Ersuchen um Berücksichtigung übersandt. Der Magistrat antwortet hierauf: „Es bedarf kaum der besonderen Erwähnung, daß auch wir den Geist und den Sinn beklagen, in welchem jener Erlaß über Andersgläubige sich ausspricht. Da es sich aber um eine rein interne Kirchensache handelt, so halten wir uns zu weiteren Schritten in dieser Angelegenheit nicht für kompetent.“ — Die erste Soiree, welche am Sonnabend Abend beim Reichskanzler Fürsten Bismarck stattfand, war sehr zahlreich besucht, jedoch befanden sich unter den Geladenen nur wenige Personen, welche nicht Mitglieder des Bundesrathes oder der Reichstages waren. Der Fürst und die Frau Fürstin, sowie die Tochter machten die Honneurs und zeigten sich in der bekannten Liebenswürdigkeit. Das deutsche Bier rivalisirte wirder mit den ausgesuchtesten Weinen und ihm wurde tapfer zugesprochen. Gegen 11 Uhr war das Fest beendet, bei welchem alle Fraktionen des Reichstages vertreten waren. — Wie verlautet, wird hier ein Kommissär der türkischen Regierung erwartet, dessen Aufgabe es ist, die Angelegenheit der rumänischen Eisenbahnen zu ordnen. Bei den jetzigen Zuständen in Rumänien dürfte diese Aufgabe des Delegirten zwar nicht zu den Unmöglichkeiten gehören, nichtsdestoweniger aber ist sie eine überaus schwierige. Den zahlreichen Besitzern der rumänischen Eisenbahnpapiere in Deutschland kann diese Bestrebung der türkischen Regierung nur in jeder Hinsicht willkommen sein. — Wie ich höre, beabsichtigt die konservative Partei noch in der gegenwärtigen Session mit ihrem Lieblingsprojekte, der Errichtung einer Reichshypothekenbank hervorzutreten und einen hierauf bezüglichen Antrag einzubringen. — Dem ausgeschiedenen Kämmerer Stadtrath Hagen ist in Anerkennung seiner bald 17jährigen verdienstvollen amtlichen Thätigkeit das Prädikat Stadtältester verliehen worden.

— Bei der im Kreise Danzig am 17. d. stattgefundenen Nachwahl zum Reichstage wurde Regierungspräsident v. Diest zu Danzig mit 2602 von 4637 St. gewählt. Sein Gegenkandidat Gutsbesitzer Thomsen zu Jeseritz erhielt 1211 St.

— Die „Straßb. Z.“ schreibt:

Bereits in mehreren Fällen haben französische Kriegsgefangene die im Elsaß oder in Deutsch-Lothringen heimathberechtigt sind, die Absicht kundgegeben, nicht nach Frankreich zurückzukehren, wenn sie Aussicht hätten, in die deutsche Armee oder auch in den Zivildienst aufgenommen zu werden. Es war von vornherein anzunehmen, daß die deutsche Regierung solchen Wünschen gegenüber keine ungünstige Haltung einnehmen, vielmehr die Erfüllung derselben nach Möglichkeit erleichtern werde. Diese Voraussetzung ist denn jetzt auch durch ein Reskript des Kriegsministeriums an die

stellvertretenden Generalkommandos und das Kommando der immobilen Gardetruppen vom 1. April d. J. bestätigt worden. Es werden hiernach die Truppentheile angewiesen, solchen Gesuchen um Aufnahme in die deutsche Armee, soweit es das militärische Interesse gestattet, allen Vorschub zu leisten und etwaige Anträge im Zivilstaatsdienst in den neuerworbenen Gebieten dem kaiserlichen Zivilkommissar im Elsaß, Herrn Regierungspräsidenten v. Kühlwetter, zur Prüfung resp. Bescheidung zu überweisen. Die jetzigen Zustände Frankreichs machen es gewiß höchst wahrscheinlich, daß viele Kriegsgefangene aus Elsaß-Lothringen, statt jenseits der Vogesen ihr Glück zu versuchen, dieses wohlwollende Entgegenkommen der deutschen Regierung benutzen werden. Von deutscher Seite aber giebt man einen neuen Beweis der vertrauensvollen Bereitwilligkeit, die Elsässer in allen Stücken als vollberechtigte Deutsche zu behandeln, sobald sie selbst ihre neue Lage offen und ehrlich annehmen. Die Kleinlichkeit, mit welcher die französischen Behörden gegen arme Briefträger und sonstige untergeordnete Beamte verfahren, die während der Okkupation in ihrer Stellung geblieben, sticht gegen die Haltung der deutschen Behörden jedenfalls höchst unvortheilhaft ab.

— Zur Münzreform berichtet die „B. B. Z.“ Folgendes:

Das Bundeskanzleramt hielt es noch im vorigen Jahr für erforderlich, der deutschen Münzreform eine Enquête vorausgehen zu lassen. Diese Absicht ist indeß als völlig aufgegeben zu betrachten und man wird sofort eine Entscheidung herbeizuführen suchen, so daß die Münzreform gleichzeitig mit der definitiven Einführung des neuen Maaß- und Gewichtssystems ins Leben treten kann. Ueber die Vorschläge, welche man macht, verlautet, daß der Thaler die Grundlage des Münzsystems bleiben soll, er würde eingetheilt werden in 3 Mark à 10 Sgr., alle Stücke unter 10 Sgr. werden nur als Scheidemünze ausgeprägt und endlich werden goldene fünf und zehn Thalerstücke ausgegeben, welche nach der Werthrelation von 1 : 15,50 ausgeprägt sind, so daß mithin 465 (155 × 30) Thlr. auf das Pfund fein Gold gehen. Alle öffentlichen Kassen sollen diese Goldstücke zum vollen Nennwerth annehmen. Dieser Vorschlag hat jedenfalls das für sich, einfach zu sein und sich jedes gewaltsamen und plötzlichen Eingriffs in die gewohnten Münz- und Rechnungsverhältnisse zu enthalten, das Volk an den Gebrauch der Goldmünzen zu gewöhnen. Die Ausmünzung von Silbermünzen würde natürlich eingestellt, diese Münzen sogar sukzessiv eingezogen werden müssen. Bleibt die Werthrelation von Silber und Gold in der nächsten Zeit unverändert, so wird sich auch die Substituirung der Goldmünzen an Stelle des Silberumlaufs ohne große Kosten für die deutschen Staatskassen vollziehen. Der Vorschlag hat auch den Vortheil, daß es vorläufig keiner speziellen gesetzlichen Bestimmungen für die Umwandlung älterer Zahlungsverbindlichkeiten bedarf, sondern daß sich diese im Ganzen und Großen als natürliche Folge der thatsächlichen Umstände gleichsam von selbst vollziehen würde.

— Dem Vernehmen nach ist in Konstantinopel bereits ein Abkommen zum Abschluß gediehen, in welchem einerseits Rußland darauf verzichtet, die Oeffnung der Dardanellen und des Bosporus für seine Kriegsschiffe zu begehren, in welchem aber andererseits die Pforte genau die Fälle bezeichnet, die sie veranlassen könnten, Kriegsschiffen der übrigen Mächte die Einfahrt resp. Durchfahrt zu gestatten. Obschon jetzt anderweitige Abmachungen getroffen oder in Aussicht genommen worden, und welches eventuell diese Abmachungen sind, vermag ich nicht zu sagen.

— Nach §. 29 der norddeutschen Gewerbeordnung kann bekanntlich im Allgemeinen Jeder die ärztliche Praxis betreiben, wenn er sich nur nicht als Arzt oder mit gleichbedeutendem Titel bezeichnet. Es ist nun, wie die „Rh. u. Rhr.-Ztg.“ meldet, aber fraglich geworden, ob die staatlich approbirten Apotheker berechtigt, beziehungsweise verpflichtet sind, Rezepte, welche von derartigen Personen verfaßt sind, zu dispensiren. Man weiß nicht, ob in der preußischen Monarchie diese Frage schon zur Entscheidung der ersten Instanz gelangt ist. Dagegen hat das oldenburgische Staatsministerium kürzlich die Kreisphysici beauftragt, die Apotheker darauf aufmerksam zu machen, daß sie weder berechtigt, noch verpflichtet seien, von nicht approbirten Aerzten verschriebene Rezepte zu dispensiren, indem die Vorschrift, daß es den Apothekern verboten sei, Arzneien auf von nicht als Aerzte konzessionirten Personen verfaßte Rezepte anzufertigen, nach der richtigen, auch vom Bundeskanzleramte getheilten Ansicht, durch den § 20 der Gewerbeordnung nicht aufgehoben sei. Die Apotheker seien nur dann berechtigt und verpflichtet derartige Rezepte anzufertigen, wenn die verschriebene Arznei lediglich aus solchen Mitteln bestehe, welche auch im Handverkaufe abgegeben werden dürfen.

— Der General der Infanterie und General-Adjutant des Kaisers und Königs von Bonin ist heute im Allerhöchsten Auftrage nach Stockholm abgereist, um Se. Majestät bei den Beisetzungsfeierlichkeiten der verewigten Königin von Schweden und Norwegen Majestät zu vertreten.

Frankreich.

Paris. Trotz der fortdauernden Kämpfe ist in der militärischen Lage vor Paris keine wesentliche Aenderung eingetreten. Die Vermittelungsversuche sind gescheitert, da die Antwort, welche Thiers den Deputirten der republikanischen Liga ertheilte, von der Kommune als eine Herausforderung zum Kriege bis aufs Aeußerste angesehen wurde. Die versailler Regierung wollte keinen Waffenstillstand oder wenigstens nur so lange gewähren, bis sie den Augenblick zur Aktion für gekommen erachten würde d. h. wohl, sie wollte weitere Verstärkungen ihrer Truppen abwarten, die sich jetzt noch überall in der Defensive halten müssen, doch behaupten sie den Südforts gegenüber ihre Stellungen und sperren die Straße nach Orleans, so daß mit dieser Zernirung auch die Notiz zusammenhängen mag, daß Paris wieder Mangel an Lebensmitteln hat. In der Umgegend von Neuilly dagegen haben die Aufständischen bis jetzt einiges Terrain gewonnen. Die versailler Regierung will ihrem eigenen Geständniß zufolge vorläufig nur die besetzten Positionen festhalten, bis sie sich zu einem entscheidenden Angriff stark genug fühlt.

Ueber den gescheiterten Vermittlungsversuch haben die Delegirten der republikanischen Liga, Adam, Bonvalet und Desonnaz bei ihrer Rückkehr nach Paris am 14. April folgenden Bericht erstattet:

Bürger! Die Unterzeichneten, von Euch beauftragt, der Regierung von Versailles Euer Programm vorzulegen, und die guten Dienste der „Union“ anzubieten, um zum Abschlusse eines Waffenstillstandes zu gelangen, haben die Ehre, Euch Bericht über ihre Mission zu erstatten. Nachdem die Delegirten Herrn Thiers vom Programme der Union Kenntniß gegeben, antwortete dieser, daß er, als Oberhaupt der einzig legalen Regierung, die in Frankreich bestehe, die Grundlagen eines Vertrages nicht diskutiren könne, daß er jedoch ganz geneigt sei, sich mit Personen zu unterhalten, die er als das republikanische Prinzip vertretend betrachte, um ihnen die Absichten des Chefs der Exekutiv-Gewalt mitzutheilen. Unter diesem Vorbehalte, welcher übrigens den wahren Charakter unserer Mission feststellte, machte uns Herr Thiers über die verschiedenen Punkte des Programms folgende Erklärungen: In so fern es die Anerkennung der Republik betrifft, verbürgt Herr Thiers deren Existenz, so lange er an der Spitze der Regierung bleiben werde. Er habe einen republikanischen Staat übernommen, er setzte seine Ehre hinein, denselben zu erhalten. — Was die Gemeindefreiheiten von Paris anbelangt, so setzte Herr Thiers auseinander, daß Paris seine Freiheiten unter den Bedingungen besitzen werde, wie alle anderen Sädte, dem Gemeindegesetz gemäß, wie es von der Versammlung der Vertreter von ganz Frankreich ausgearbeitet werden würde. Paris werde das gemeine Recht habe, nichts weniger, nichts mehr. — Betreffs der ausschließlich der Nationalgarde anvertrauten Bewachung von Paris, erklärt Herr Thiers, daß man eine Organisation der Nationalgarde vornehmen werde, daß man aber nicht das Prinzip der absoluten Ausschließung der Armee zulassen könne. — Was die gegenwärtige Lage und die Mittel, dem Blutvergießen ein Ziel zu setzen, betrifft, so erklärt Herr Thiers, daß, da er den Personen, welche im Kampf gegen die National-Versammlung sind, den Charakter von Kriegführenden nicht zuerkennt, er nicht wegen eines Waffenstillstandes unterhandeln will; aber er sagt, daß, wenn die Pariser Nationalgarden keinen Gewehr- oder Kanonenschuß mehr thun werden, die Versailler Truppen auch keinen Gewehr- oder Kanonenschuß mehr bis zu dem nicht festgesetzten Augenblicke abfeuern werden, wo die Exekutiv-Gewalt sich zu einer Aktion entschließen und den Krieg beginnen wird. — Herr Thiers fügte hinzu: Jeder, der auf den Kampf mit den Waffen verzichtet und an seinen Heerd zurückkehrt, indem er seine feindliche Haltung aufgiebt, wird vor jeder Verfolgung sicher sein. Herr Thiers nimmt nur die Mörder der Generale Lecomte und Clement Thomas aus, die vor die Gerichte kommen, wenn man sie auffindet. Herr Thiers, die Unmöglichkeit anerkennend in der sich ein Theil der gegenwärtig der Arbeit beraubten Bevölkerung befindet, ohne den bewilligten Sold zu leben, wird diesen Dienst während einiger Wochen fortsetzen. — Dies ist, Bürger, das kurze aber getreue Resumé der Unterredungen eurer Delegirten mit Herrn Thiers. Es steht euren Delegirten nicht zu, auf irgend eine Weise zu beurtheilen, bis zu welchem Punkte die von Thiers kundgegebenen Absichten den Wünschen der Pariser Bevölkerung entsprechen oder nicht. Die Pflicht eurer Delegirten besteht allein darin, euch die Thatsachen ohne Kommentar mitzutheilen, und die vorliegende Darlegung hat keinen anderen Zweck als die Erfüllung dieser Pflicht.

Diese Veröffentlichung der Delegirten erregte nicht geringes Aufsehen und wirkte sehr niederschlagend auf die Versöhnungspartei.

Nach andern Nachrichten aus Paris, vom 15. April Morgens erstatteten Desonnaz und die beiden anderen Delegirten der republikanischen Union am 14. der Kommune, oder vielmehr der Exekutivkommission Bericht über ihre Sendung. Alle Mitglieder waren anwesend. Eine Antwort wurde nicht sofort, sondern erst am 15. Morgens durch das offizielle Blatt, ertheilt. Dieses erklärt, daß die Vermittelungsversuche vollständig gescheitert sind, und daß die Kommune nun erwarten müsse, daß die ganze Hauptstadt sich gegen Versailles erheben werde, da in dem Ultimatum, welches die republikanische Union Versailles gestellt habe, gesagt worden sei, daß, wenn die legitimen Forderungen von Paris verworfen werden würden, die Union mit der Kommune sein werde. Die Kommune nimmt also die Vermittler, die ihr Programm in sehr kategorischer Weise aufgestellt hatten, beim Worte. Die Organe des Stadthauses erheben denn auch doppelt laut ihr Kriegsgeschrei. Der „Bonnet Rouge“ ruft aus: „Die Antwort des Herrn Thiers ist der Krieg bis zum Aeußersten“, und die „Kommune“ bringt einen Artikel, der mit „la Révolution ou la Mort“ überschrieben ist und worin es heißt: „Die versöhnlichsten Vorschläge sind mit Verachtung zurückgewiesen worden. Wir sind Aufrührer. Ganz Paris hat sich nach der Antwort des Triumvirats Thiers-Favre-Picard außerhalb des Gesetzes gestellt. Die Gewalt wird ihren Verlauf bis zur Vertilgung haben: Das ist das letzte Wort von Versailles.“

Der „Times“ wird vom 14. April telegraphisch gemeldet:

„Ein Erlaß im offiziellen Organ der Kommune setzt für den Fall einer erneuten Belagerung den Preis von Getreide und Mehl nach Maßgabe der Taxe vor zwei Monaten fest, verspricht aber zu gleicher Zeit, die Vorräthe der neuen Kornspeicher nicht requiriren zu wollen, sondern nur die Priorität beim Einkauf zu beanspruchen. Gewisse Nahrungsmittel fangen jetzt schon an, selten zu werden; so ist es in vielen Restaurants bereits schwierig, Milch zu bekommen, da durch Einstellung des Verkehr auf der Orleansbahn die Hauptquelle versiegt ist. Das Hotel Pereira ist nunmehr geräumt worden, nachdem die Keller ihrer Vorräthe entleert worden. Die englische Botschaft wird von Leuten belagert, die Pässe verlangen, um Paris verlassen zu können; die Mehrzahl jedoch muß abgewiesen werden, da es Franzosen sind. — 7 Uhr Abends. Das Hotel Thiers ist von den Aufständischen besetzt worden. Das Bataillon der Unterbeamten von der Nordbahn ist aufgelöst worden. Von den Bahnstrecken unterhalten jetzt nur noch die Ost-, Nord- und Westbahn ihren Verkehr. Die beiden ersteren, welche in den Händen der Preußen sind, besorgen die Zufuhr von Mundvorräthen nach Paris. Handel und Verkehr sind gänzlich im Stocken. Um 6 Uhr wurden Plakate angeschlagen, denen zufolge alle Angriffe der Truppen von Versailles abgewiesen und alle Positionen derselben genommen worden seien.“

Der „Daily News“ wird unter anderm gemeldet:

„Die sozialistischen Republikaner machen große Anstrengungen, bei den Wahlen am kommenden Sonntag ihre Kandidaten durchzubringen. Die radikalen Blätter sprechen sich sehr heftig gegen die von Thiers vorgeschlagenen Friedensbedingungen aus, Rochefort verlangt, daß Vinoy, Galifet, Picard, Favre und Mac Mahon in Paaren zusammen gefesselt und nach dem Rond Point auf den elysäischen Feldern geführt werden, wo man sie den Verwandten der in Versailles „ermordeten“ Nationalgarden Preis geben möge. — Raoul Rigault, der Polizeipräfekt, welcher so viele Mitglieder der Kommune verhaftet hat, befürchtet jetzt, selbst verhaftet zu werden. Außer diesem Posten hat er aber noch das Kommando eines Bataillons, welches ihm sehr ergeben ist, ihn Tag und Nacht umgiebt und strenge Weisung hat, jedem Versuche gegen seine Freiheit bis aufs Aeußerste Widerstand zu leisten.“

Ueber die Beraubung der Notredamekirche durch die Agenten der Pariser Polizeibehörde sind die verschiedensten Berichte erschienen. Das „Univers“, welches wohl am besten darüber unterrichtet sein kann, erzählt, daß allerdings am Charfreitag gegen 3 Uhr Nachmittags eine Anzahl von Nationalgarden und verschiedene Leute in Zivil unter Anführung eines jungen Mannes in die Kirche eindrangen, sich die Schränke der Sakristei öffnen ließen und ein Inventarium von allen Kirchengeräthen und Kostbarkeiten aufnahmen. Sie ließen durch einen Schlosser das Grabgewölbe der Erzbischöfe aufschließen und durchsuchten dasselbe. Dann leerten sie die Opferstöcke, und schließlich wurde befohlen, das Geld daraus wie sämmtliche Kostbarkeiten in einen bereitstehenden Wagen zu schaffen. Inzwischen aber war einer der Kirchendiener nach dem Stadthause geeilt und hatte die Mitglieder der Kommune von den Vorgängen benachrichtigt; diese schickten einen Delegirten nach Notre-Dame, welcher erklärte, daß der Agent der Polizei seine Befugnisse überschritten habe und die weggenommenen Werthgegenstände aus dem Wagen wieder in die Sakristei zurückbringen ließ, ebenso auch das Geld aus den Opferstöcken. Er ließ sich von dem Sakristan des Kapitels bestätigen, daß Alles richtig zurückgegeben sei. Es ward dann ein Protokoll aufgenommen, welches der Delegirte, der Sakristan und einige Nationalgarden unterzeichneten, worauf die Thüren der Kirche geschlossen und Siegel daran gelegt wurden; der Sakristan ward zum Hüter der Siegel bestellt, und ein Posten Nationalgarden bewacht seitdem die Kirche, welche vorläufig geschlossen bleibt. Vorerst handelt es sich also um eine Beschlagnahme.

Ueber das Resultat der am 16. abgehaltenen Nachwahlen für die Kommune sind noch keine näheren Nachrichten vorhanden. — Assy ist dem „Affranchi“ zufolge wieder in Freiheit gesetzt; Bergeret dagegen in Haft behalten, bis eine Kommission von drei Mitgliedern einen Bericht über die ihm zur Last gelegten militärischen Handlungen erstattet haben wird. — Das Dekret, welches die Zerstörung der Vendome-Säule verfügt, lautet:

Die Kommune von Paris, in Erwägung, daß die Kaisersäule auf dem Vendomeplatze ein Denkmal der Barbarei, ein Sinnbild der brutalen Gewalt und falschen Ruhmes, eine Bekräftigung des Militarismus, eine Verneigung des internationalen Rechts, eine beständige Beschimpfung der Be-

---

Ein vaterländisches Allerseelen-Fest
und
Allerseelen-Denkmal.

Sie haben vor Kurzem aphoristische anonyme Andeutungen über den Bau eines deutschen Reichshauses gebracht, die hoffentlich bei der Ausführung entsprechende Beachtung finden. Gestatten Sie mir in gleicher Weise einige Andeutungen für ein deutsches Nationalfest. Diese stehen der Petition Dr. v. Holtzendorff's für das Volks- und Kirchenfest nicht entgegen, sondern vereinbaren sich mit derselben.

* * *

„Jetzt, in dieser Stunde, an diesem Tage — könnte ich nur etwas thun und darstellen, das der Fülle der gegenwärtigen Empfindung entspricht, mir selber in späteren Tagen und den Nachkommen Zeugniß gebend und zu Gleichem erweckend!

So empfindet still oder giebt im Worte kund der Einzelne auf einem Hochpunkte des Daseins. So auch ein Volk.

Noch nie im Laufe unsrer Geschichte war so ein und derselbe Gedanke in allen deutschen Seelen lebendig.

Der Krieg hat eine Gesammtempfindung geschaffen wie noch nie zuvor. Der Friede soll diese Gesammtempfindung dauernd festhalten und allezeit neu erwecken.

Wie der Frühling jetzt draußen allerorten neues Leben wirkt — so der Friede.

In jedem Dorfe wurde schwer empfunden und soll fortan freudig empfunden werden, welch einen Kampf wir ausgekämpft haben.

Ein großes Denkmal wird in der Hauptstadt errichtet werden. Die Initiative steht unserm Kaiser zu.

Eine andere Initiative steht dem Volke, den Erwählten seines Reichstages zu.

In jeder Stadt, in jedem Dorfe sollte ein Denkmal der Erinnerung errichtet werden.

An allen Rathhäusern oder Schulen — nicht an den Kirchen, denn dies würde zu Trennungen führen — sollte eine eherne Tafel angebracht werden mit den Namen derer, die für Deutschlands Einheit und Selbstständigkeit gefallen sind.

Diese Tafel wird aus dem Metall unbrauchbar gewordener Kanonen oder auch aus Eisenguß hergestellt.

Eine künstlerische Ausführung prägte zugleich den Eindruck des Schönen in die jungen Gemüther.

Ein Ausschreiben an die deutschen Künstler zur Einreichung von Plänen wäre erforderlich.

Die Einzelnamen ließen sich in der gegebenen Umrahmung leicht einfügen.

Der Reichstag beschließt das Ganze; einzelnen Landschaften oder Gemeinden blieben die Besonderheiten der Formgebung überlassen.

Im Mai — so dürfen wir hoffen — ziehen die siegreichen Heere in die Hauptstadt des deutschen Reiches ein.

Ein neues Maienfest soll dieser Gedenktag für alle Zeiten werden.

Am hellen Frühlingstage versammelt sich Groß und Klein bei der Erinnerungstafel zu ernsten Gedanken. Dann aber ziehen sie hinaus zur fröhlichen Feier zu Gesang und Spiel — am politischen Allerseelentage des deutschen Volkes.“ (Nat. Z.)

Venusdurchgang.

In Gemäßheit des Beschlusses des Bundesrathes des Norddeutschen Bundes vom 28. Mai v. J. hat das Bundeskanzler-Amt die Kommission für die Vorberathung der Beobachtung des Venusdurchgangs von 1874 ersucht, die zur Vervollständigung des Beobachtungsplanes und für die Aufstellung eines genauen Kostenanschlages erforderlichen Vorarbeiten vorzunehmen, und über deren Resultate, sowie über die Aufstellung eines genauen Kostenanschlages Bericht zu erstatten. Dieser Bericht ist unter dem 31. v. M. eingereicht worden. Die Kommission theilt in demselben mit, daß durch die Anwesenheit des Vorsitzenden der Kaiserlich russischen Kommission für die Vorberathung der Beobachtung des Venusdurchganges von 1874 während eines Theiles der Berathungen im Oktober 1869 in Berlin eine Kooperation mit den russischen Beobachtern angebahnt worden sei. Den früheren Vorschlag für die Aussendung von vier Heliometer-Expeditionen modifizirt die Kommission dahin, daß sie empfiehlt, drei Stationen der südlichen Halbkugel mit Heliometern zu besetzen, wofür am besten die Gegenden der Kerguelen- und der Auckland-Inseln, sowie Mauritius zu wählen seien, und nur eine Station in China oder Japan beizubehalten. Die Kommission hat ferner beschlossen, auch die photographische Beobachtungsweise des Vorüberganges der Venus, sowie die spektroskopische Methode in den Plan aufzunehmen. Hierdurch ist eine Erweiterung des ursprünglichen Planes in Hinsicht auf die Zahl der auszusendenden Expeditionen veranlaßt worden. Die Kommission schlägt vor, die photographische Methode ebenso wie die heliometrische auf vier Stationen in Anwendung zu bringen, und zwar auf den drei oben erstgenannten und anstatt auf der Station zu Mauritius auf einer solchen zwischen Teheran und Maskat. Der neue Kostenanschlag ist durch die Erweiterung des Planes zwar, absolut genommen, höher ausgefallen als der früher aufgestellte. Die veranschlagte Summe stellt sich indessen jetzt relativ niedriger, wenn man die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reiche berücksichtigt.

** **Postverkehr.** Das General-Postamt hat die Herstellung von Signatur-Marken für solche Päckereien veranlaßt, deren Signatur-Adresse nicht auf der Sendung selbst angebracht werden kann, zu welcher daher sogenannte Fahnen in Anwendung kommen müssen. Diese Signatur-Marken sind mit einer Oese versehen, um sie mittelst Bindfadens an den Beutel, Korb ꝛc. befestigen zu können.

siegten durch den Sieger, ein fortwährendes Attentat gegen einen der drei großen Grundsätze der französischen Republik, gegen die Brüderlichkeit, ist — verfügt: Erster und einziger Artikel. Die Säule vom Vendome-Platze soll zerstört werden.

Ein anderes Dekret setzt für jede Legion der Nationalgarde ein Kriegsgericht und für jedes Bataillon einen Disziplinarrath ein. Die Erwägungen zu diesem Dekret sind folgende:

Die Kommune von Paris, in Erwägung, daß die Regierung von Versailles sich offen rühmt, in die Bataillone der Nationalgarde Agenten eingeschmuggelt zu haben, welche dort Unordnungen zu stiften suchen; in Erwägung, daß die Feinde der Republik und der Kommune auf jede mögliche Art die Disziplin in diesen Bataillonen zu untergraben suchen, in der Hoffnung, so mit denen fertig zu werden, die sie mit den Waffen nicht besiegen können; in Erwägung, daß es ohne Ordnung keine Truppenmacht giebt und daß Angesichts der ernsten Umstände eine strenge Disziplin hergestellt und der Nationalgarde ein Zusammenhang gegeben werden muß, der sie unüberwindlich macht, verfügt ꝛc.

Ein anderes Dekret setzt den Preis für die Pässe von 2 Franks auf 50 Centimes herab. — Die Verfolgung von Journalisten dauert fort. Herr Chandey, Mitarbeiter vom „Siècle", ist in Mazas in strenger Haft, so daß selbst seine Frau ihn nicht sehen darf. Cernuschi hat diesen Morgen im „Siècle" einige muthige Worte im Interesse seines Freundes und Mitarbeiters erscheinen lassen.

Die kalvinistischen Pastoren de Pressensé und Monod haben gegen die Verhaftung des Erzbischofs von Paris und der katholischen Pfarrer Protestschreiben veröffentlicht; ersterer schreibt: „Wir haben bei jeder Gelegenheit das heilige Recht der Gewissensfreiheit verfochten; wir werden nicht schweigen, wenn es mit Füßen getreten wird." Monod klagt, daß man jene Männer „ohne Urtheil und selbst ohne Anklage" treffe. Die Verhaftungen wurden aber von der Kommune angeordnet, um „Geißeln und Gegenstände für Repressalien zu haben für die an Nationalgarden verübten Ermordungen." Die betreffenden Briefe, die der Erzbischof von Paris und Pfarrer Deguerrey an Thiers in dieser Sache gerichtet haben, wurden bereits mitgetheilt.

Als Antwort auf die Behauptung Jules Favre's, daß die Kommunal-Kommission im Ministerium des Aeußeren das Silberzeug des Ministers des Aeußern habe fortnehmen lassen, veröffentlicht der „Affranchi", Organ Paschal Groussel's, folgende Dokumente:

Kommune von Paris. Protokoll. Heute am 8. April 1871 erhielten die Bürger Perrichon und Mailhe, Delegirte des Finanz-Ministeriums, Lieferung der unten verzeichneten Artikel in Silber, welche ihnen vom Bürger Dolber, Silberzeugverwahrer, in Gegenwart des Bürgers Pottevin, Inspektor des Materials, und des Bürgers Neumayer, ersten Kommis, alle drei beim Ministerium des Aeußeren, unter den Befehlen des Bürgers Paschal Grousset, Mitglieds der Kommune und Delegirten bei den äußeren Angelegenheiten, angehörig, übergeben worden sind. (Silberzeug mit dem Wappen des Exkaisers. Nr. 962, im Ganzen 1303 Stück, vergoldetes Silber Nr. 963, im Ganzen 568 Stück, ein vollständiges Theeservice 9 Stück.) Unterzeichnet: Der Delegirte der Kommune Viard; der Delegirte bei den äußeren Angelegenheiten Paschal Grousset, die Delegirten bei den Finanzen A. Perrichon und Mailhe; die Repräsentanten beim Aeußeren Pottevin, Neumayer.

Finanz-Minister. Kabinet des Ministers. Bürger Grelier und Viard. Ich sende Ihnen die Bürger Mailhe und Perrichon, um das Silberzeug abzuholen, welches Sie aufgefunden haben, und es nach der Münze zu transportiren, wo es Camehuat anvertraut wird, um in kürzester Zeit umgeschmolzen zu werden. Brüderlich der Ihrige. B. Barlin, Delegirter bei den Finanzen.

Das Dekret der Kommune in Paris über die Wechsel lautet:

„Alle Verfolgungen wegen der verfallenen Wechsel sind bis zum Tage suspendirt, wo im offiziellen Blatt das Dekret über die Verfallzeit erscheinen wird. Paris, 12. April 1871."

Die Gesetzgebung scheint nicht die stärkste Seite der Staatsmänner der Kommune zu sein; sie hätten sonst wenigstens ausgesprochen, daß die Wechselkraft erhalten bleibt.

Der pariser Korrespondent der „Times" meldet derselben am 15. d.: Das Pensionsdekret der Kommune hat einen staunenswerthen Erfolg, die weibliche Bevölkerung eifert die Männer an, an den Barrikaden zu arbeiten; niemals sah man solche Begeisterung und so vollkommene Hingebung. — Nach dem Spezial-Korrespondenten der „Daily News" hat die republikanische Liga der Rechte von Paris heute eine Audienz bei der Vollziehungskommission der Kommune; die Antwort derselben wird wahrscheinlich morgen erfolgen und die Kommune wahrscheinlich die Auflösung des Parlaments verlangen. — Aus Versailles vom Donnerstag meldet ein Spezialkorrespondent des „Daily Telegraph": Die Regierungstruppen nahmen gestern durch Handstreich die Gehölze von Colombes und Boulogne. Bei Gelegenheit der nächsten Sonntagsparade der Nationalgarden wird eine Demonstration zu Gunsten der pariser Kommune erwartet. — Nach den „Daily News" erleichtern die Deutschen den Personen, welche aus Paris heraus wollen, das Verlassen der Stadt mit der Nordbahn.

Versailles, 13. April. Dem „Daily Telegraph" wird von hier gemeldet, daß zwei Kommandeure der Insurgenten-Nationalgarde sich erboten haben, der Versailler Regierung zwei Thore der Stadt, jedes zum Preise von 350,000 Frcs. (Zahlung erst nach Ueberlieferung der Thore) zu verkaufen. Ein anderer, von einigen leitenden Insurgenten ausgehender Vorschlag läuft daraus hinaus, die Forts Issy und Vanvres, jedes für eine Million Frcs. zu verkaufen. Beide Offerten wurden abgelehnt. Den Delegirten der Insurgenten, die in Versailles angekommen sind, um mit Thiers zu unterhandeln, hat letzterer erwidert, daß er mit bewaffneten Rebellen nicht unterhandeln würde. Die Regierung hofft von den Preußen temporaire Erlaubniß zu erhalten, die Kanonen von St. Denis gegen Belleville und Montmartre benutzen zu dürfen. Nach Pariser Privatberichten soll sich der Verlust der Insurgenten in voriger Woche an Todten, Verwundeten und Gefangenen auf 9000 Mann belaufen.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung reichte Lefèvre-Pontalis seinen Bericht über den Antrag ein, dem zufolge die Pariser Gemeindewahlen für ungültig erklärt werden sollen. Der Bericht will, daß dieser Antrag nicht in Erwägung gezogen werde, da man die Evidenz nicht dekretire. Ein anderes Mitglied übergiebt eine Protestation mehrerer Mitglieder der polnischen Kolonie gegen die Anwesenheit einiger Polen unter den Insurgenten. (Sehr gut, sehr gut!) Die Kammer geht hierauf wieder zur Diskussion des Gemeindegesetzes über. Ein Amendement wird von Leon Say und Anderen eingebracht, welches lautet: „Die zwanzig Arrondissements von Paris ernennen jedes vier Mitglieder für den Gemeinderath. Diese vier Mitglieder werden durch persönliche Abstimmung mit der absoluten Majorität und von jedem Viertel eines gewählt werden." Die Antragsteller bezwecken dadurch die Bewohner eines jeden Viertels im Gemeinderathe zur Vertretung zu bringen und zu verhindern, daß, wenn alle Viertel des Arrondissements zusammen stimmen, das eine oder das andere im Gemeinderath ohne Repräsentant bleibt. Selbstverständlich ist der Hauptzweck des Amendements, zu verhindern, daß die konservativen Viertel eines Arrondissements, die gewöhnlich weniger bevölkert sind, als die fortgeschrittenen, von letzteren nicht vollständig verdrängt werden. 445 Stimmen sprachen sich bei der Abstimmung für das Amendement und nur 124 gegen dasselbe aus. Der Deputirte Langlois (Paris) stellt hierauf den Antrag, daß man Paris in neue Viertel eintheile, da einige Viertel nur 800 Wähler hätten, während andere 20,000 besäßen. Er fürchtet, daß die Annahme des Say'schen Amendements einen schlechten Eindruck mache, da es nicht auf der Gerechtigkeit basirt. Der Antrag Langlois' wird aber verworfen; 282 Stimmen sprechen sich gegen und 269 für denselben aus.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung.

Berlin, 17. April. Von dem Abg. Grafen Luxburg ist die folgende Interpellation eingebracht, die sofort beantwortet werden soll: „Die mit Deutschland wieder vereinigten Provinzen Elsaß und Lothringen befinden sich gegenwärtig und bis zur definitiven Ordnung ihrer Stellung im deutschen Zollgebiet in einer Lage, die als eine handelspolitisch unhaltbare bezeichnet werden muß. Die Ausfuhr nach Frankreich unterliegt schweren Zöllen und auf Grund der von der französischen Regierung an die Zollbehörden kürzlich ergangenen Weisungen theilweise völliger Prohibition. Die Ausfuhr aus Frankreich ist thatsächlich eine vollständig freie, da eine deutsche Zollgrenzbewachung gegen Frankreich noch nicht stattfindet. Aus der Schweiz gehen Waaren aller Art, sowohl schweizerischen als sonstigen Ursprungs zollfrei nach Elsaß ein, da auch der Schweiz gegenüber eine Zollgrenzüberwachung auf deutscher Seite noch nicht hergestellt ist. Elsaß und Lothringen dienen somit dermalen als Entrepot für verschiedene aus fremden Zollgebieten kommende Waaren, welche bei der Einfuhr nach Deutschland zollpflichtig waren und jetzt zollfrei angesammelt werden, um nach Aufnahme der neuerworbenen Provinzen in den deutschen Zollverband zum Schaden der deutschen Industrie auf den deutschen Markt gebracht zu werden. „Ich erlaube mir daher an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob und welche Vorkehrungen getroffen sind oder demnächst getroffen werden, um den angeführten Mißständen bis zur definitiven Regelung des Verhältnisses von Elsaß-Lothringen zum deutschen Zollverbande abzuhelfen?"

Abg. Graf Luxburg führt zur Begründung seiner Interpellation Art. 5. des Präliminarfriedens an: „Die Interessen der Einwohner in dem von Frankreich abgetretenen Gebiete werden in Allem, was ihren Handel und ihre Privatrechte angeht, so günstig als möglich geregelt werden, sobald die Bedingungen des definitiven Friedens werden festgestellt sein. Zu diesem Zweck wird ein Zeitraum festgesetzt werden, innerhalb dessen die Bewohner besondere Erleichterungen bezüglich der Zirkulation ihrer Handels-Erzeugnisse genießen sollen.

Präs. Delbrück: Die verbündeten Regierungen haben darüber keinen Zweifel, daß die jetzige Situation des Elsaß in handelspolitischer Beziehung in der That eine unhaltbare ist. Der Interpellant ist zunächst auf die Regelung der schweren Nachtheile eingegangen, welche für die elsässische Industrie daraus entstanden, daß Frankreich seinen allgemeinen Tarif gegen die Einfuhr aus Elsaß anwandte, mit anderen Worten, die Einfuhr eines großen Theiles der Elsässer Fabrikate in Frankreich prohibirte. Dem Bundeskanzleramte ging vor einigen Tagen die erste amtliche Nachricht zu, daß die neu errichteten französischen Zollverwaltungen in der That so verfügten, und es stand im Begriffe Schritte zu thun, um eine Abhilfe herbeizuführen, als es zu seiner Befriedigung erfuhr, daß die Abhilfe bereits vollständig eingetreten sei. Einem der ersten Elsässer und Mülhausener Industriellen ist auf seine Anfrage nach Versailles von dort die Antwort zu Theil geworden, daß die französische Regierung verfügt habe, daß die Erzeugnisse Lothringens und des Elsasses bis zum Abschluß des definitiven Friedens zollfrei eingelassen werden sollen, vorausgesetzt, daß sie mit den Ursprungszeugnissen versehen sind, die von den einzelnen Fabrikations-Syndikaten ausgestellt sind. Sie hat ferner verfügt, daß die bereits unterwegs befindlichen Waaren auch ohne die Formalität der Ursprungszeugnisse eingelassen werden dürfen. Ich habe nicht den allermindesten Grund, an der thatsächlichen Richtigkeit dieser Nachricht zu zweifeln. Hiernach ist der von dem Interpellanten vorzugsweise betonte Punkt vollständig erledigt. — In der Begründung der Interpellation ist außerdem betont, daß die Einfuhr aus Frankreich nach dem Elsaß gegenwärtig noch zollfrei sei. Das ist thatsächlich richtig. Eine Zollgrenzbewachung gegen Frankreich ist noch nicht eingetreten. Indeß nach der gesammten Lage der Verkehrsverhältnisse, wie sie faktisch zwischen Frankreich und Elsaß jetzt stattfinden, kann ich von der sicheren Voraussetzung ausgehen, daß die Einfuhr der französischen Waaren in Elsaß eine sehr unerhebliche ist; erheblich ist nur die Einfuhr aus der Schweiz. Es kommt nun vor allen Dingen darauf an, daß wenigstens die Zollgrenze, die jetzt der Zollverein gegen das Elsaß hat, unter gewissen Vorbehalten aufhört. Diese Vorbehalte sind: Es ist nicht zu wünschen, Waaren, welche gegenwärtig in Elsaß von anderen Ländern eingebracht werden und welche bei dem gegenwärtigen Zwischenzustande in Elsaß nicht verzollt sind, demnächst zollfrei auch in den Zollverein einzulassen. Es wird nicht zu vermeiden sein, während einer gewissen Zeit auch nach dem Zollverein hin gewisse Erzeugnisse nur gegen Ursprungszeugnisse zollfrei einzulassen und andere Erzeugnisse, wie z. B. Kolonialwaaren überhaupt nicht zollfrei einzulassen. Auf administrativem Wege diese Maßregeln durchzuführen, ist unzulässig, dazu bedarf es einer gesetzlichen Ermächtigung. Diese herbeizuführen ist die Absicht eines Gesetzentwurfes, welcher dem Bundesrathe vorliegt und in seinen Ausschüssen bereits berathen ist und der, wie ich voraussetzen darf, noch im Laufe dieser Woche an den Reichstag gelangen wird. (Allseitige Zustimmung.)

Es folgen Wahlprüfungen. Abg. v. Unruh (Bomst) berichtet für die 5. Abtheilung über die Wahl im 5 Wahlkreise in Oberfranken (Bayern), in dem Dr. Schüttinger mit 104 Stimmen über die absolute Majorität gewählt ist. Eine Reihe von Protesten ist gegen dies Wahlresultat eingelaufen, welche sich über die unberechtigtsten Agitationen seitens der katholischen Geistlichkeit beschweren; u. A. sind an mehreren Orten die Wahllokale nur ganz kurze Zeit geöffnet gewesen, weil der 3. März ein katholischer Feiertag sei. Ferner liegt im Wahlbezirk Trunstadt insofern eine Wahlfälschung vor, als noch am Wahltage selbst in die Wahllisten, die schon am 25. Februar definitiv abgeschlossen sein mußten, die Namen von sieben Wählern durch den Bürgermeister nachgetragen sind. Die Mehrheit der Abtheilung war der Ansicht, daß die Wählerliste ein zur Prüfung einer Wahl so unumgänglich wichtiges Dokument sei, daß eine Fälschung derselben den ganzen Wahlakt ungültig mache. Da nun von den 199 Stimmen in diesem Bezirk 169 für Dr. Schüttinger und 30 für seinen Gegenkandidaten abzugeben sind, so verliert ersterer durch Kassirung dieser Stimmen die absolute Majorität und die Abtheilung beantragt deshalb mit überwiegender Mehrheit die Ungültigkeit der Wahl.

Abg Schels plaidirt für die Gültigkeit. Als Kriminalist findet er keinen kriminalistischen Dolus bei der Wahl in Trunstadt. Abg. v. Oheimb meint, die gerügte Wahlagitation der Geistlichkeit sei unverfänglich, da sie sich darauf beschränkt habe, von der Kanzel herab auf die Wichtigkeit des Wahlaktes aufmerksam zu machen! das sei aber ebenso wenig unpassend, als das sonntägliche Gebet in sämmtlichen Kirchen Deutschlands für die Arbeiten des Reichstages. Ein Pfarrer habe von der Kanzel herab zu einer politischen Versammlung eingeladen; daß sei zwar nicht gerade nach seinem Geschmack, aber nicht unstatthaft; es werde auf diese Weise häufig auch zu Auktionen eingeladen.

Abg. Wehrenpfennig erklärt, mit dem Abg. Schels in Bezug auf den Begriff Fälschung nicht übereinzustimmen; wenn ein Beamter unter ein amtliches Schriftstück, in dem sich Notizen, die erst am 3. März aufgenommen sein können, befinden, das Datum des 25. Februar setzt und dies mit seiner Unterschrift bekräftigt, so sei das nach seinem und wahrscheinlich auch nach der Meinung der überwiegenden Mehrheit des Hauses Nichts als eine Fälschung. Wahlagitationen könnten auch ungesetzlich sein, ohne mit einem Paragraphen des Strafgesetzbuches in positiven Konflikt zu gerathen, z. B. könne ein großer Magnat zur Zeit der Wahlen seinen Pächtern kündigen: Niemand könne ihn deshalb gesetzlich verfolgen, aber das Haus müsse seine Wahl kassiren, wenn es glaube, daß er durch die angedrohte Kündigung ein paar Hundert Stimmen gewonnen habe. (Widerspruch rechts.) Irgend ein geistvoller Mensch habe gesagt, in Deutschland seien die Verständigen sehr verständig, die Dummen aber auch sehr dumm; er wolle auf keinen Wahlkreis anspielen, aber es sei eine außerordentliche Dummheit, zu glauben, daß die Stimmabgabe für diesen oder jenen Kandidaten Einfluß darauf haben könne, ob man in den Himmel oder in die Hölle komme; leider existire dieser Aberglaube noch, und die Geistlichen benutzten ihn, um durch Verweigerung der Absolution (Widerspruch) und ähnliche geistliche Sorgen die Gemüther zu verwirren und von sich abhängig zu machen. Gegen solche Waffen ließe sich nicht kämpfen; man müsse sie einfach stumpf machen, indem man die Wahl kassire. (Beifall.)

Abg. Schmidt (Aichach): Die große Zärtlichkeit, mit welcher die klerikalen Wahlen in diesem Hause behandelt werden, beweist, wie hoch man die Macht des Katholizismus schätzt. Ich lehne das nicht ab, im Gegentheil bin ich stolz darauf, einer so geschlossenen Phalanx anzugehören, aber ich bedauere, daß man ihr so schlimme Dinge zutraut, daß man solche Ungeheuerlichkeiten hinter dem Dogma der Unfehlbarkeit sucht. Ich glaube nicht daran (Heiterkeit), ich meine die Ungeheuerlichkeiten (wiederholte Heiterkeit). M. H. ich appellire an Ihr Gerechtigkeitsgefühl. Es mußte dem Klerus daran gelegen sein, Männer von religiöser Gesinnung im Reichstage zu sehen. Man will die Kirche von Rom trennen, der Zusammenhang mit Rom ist aber eine Wesenheit des Katholizismus (hört!); die Geistlichen waren deshalb genöthigt, diese Frage von der Kanzel zu besprechen (Hört! Hört!) Natürlich muß es ohne Verletzung der Nächstenliebe und mit Wahrung des Anstandes in jeder Beziehung geschehen. Als ruhiger Zeuge kann ich versichern, daß Dr. Schüttinger thatsächlich die Majorität hat. Die Geistlichkeit hat nicht mehr gethan, als die Amtsleute und Landräthe überall in ihren Amtsstuben thaten.

Abg. Kraussold (Bayreuth): Ich habe die Akten des vorliegenden Falles mit großem Ernste geprüft; meine Ueberzeugung, daß die Kassation der Wahl gerechtfertigt ist, haben die Ausführungen der Vorredner in keiner Weise erschüttert. Freilich ist kein positives Gesetz seinem Buchstaben nach verletzt; aber wir sollen als Mandatare des Volks nach unserer besten Ueberzeugung entscheiden. Es handelt sich hier nicht um eine Einzelerscheinung; an vielen Orten Deutschlands ist in gleicher Weise von der Kanzel herab gewirkt worden. Wenn der Geistliche unter dem Schutze seines Amtes für seine subjektive Ueberzeugung Propaganda macht, so ist das absolut verwerflich. Der Vorwand, daß es sich bei den Wahlen um Interessen der katholischen Kirche gehandelt habe, ist gar nicht stichhaltig; bei dem Zollparlament war das doch wahrlich in keiner Weise der Fall, und damals agitirte der Klerus in derselben Weise; nur hat er diesmal nicht ganz so guten Erfolg gehabt. (Sehr wahr!) Wenn ein Geistlicher seine Beichtkinder auffordert, für einen bestimmten Kandidaten zu stimmen und ihnen sofort die Stimmzettel übergiebt, so ist das thatsächlich eine Beschränkung ihres freien Willens, denn der Mann hat es in der Hand, sie es spüren zu lassen, wenn sie seinen Willen nicht thun. (Großer Beifall und Widerspruch.) Von diesem Standpunkt aus kassiren Sie nach dem Totaleindruck, den die ganze Sachlage auf Sie macht, die Wahl, und Sie, meine Herren aus dem Zentrum, welche Sie die Interessen der katholischen Kirche vertheidigen wollen, Sie wahren diese Interessen am Besten, wenn Sie uns zustimmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Behr (Greifswald) spricht für die Gültigkeit der Wahl, da nicht das Vergehen eines Einzelnen genüge, um einen ganzen Wahlbezirk seiner Wahlberechtigung zu entkleiden.

Abg. v. Lenthe spricht in demselben Sinne und führt mehrere Präzedenzfälle aus dem norddeutschen Reichstage an, indem eine ungesetzliche Wahlbeeinflussung nur dann Anlaß zur Kassirung einer Wahl gegeben habe, wenn nachgewiesen sei, daß sie thatsächlich von Erfolg gewesen sei.

Abg. Fischer (Augsburg): Mag sich der Klerus in allen seinen Branchen, hohen und niedrigen, an den Wahlen durch die Presse, durch Versammlungen oder wie er sonst will, betheiligen, auf die Befugniß hat er keinen Anspruch, an dem Orte und zu der Zeit, wo er eine privilegirte Stellung inne hat, sich der Pflicht zu entschlagen, die ein nothwendiges Correlat jenes Privilegiums ist. Der Geistliche mag in eine Wähler-Versammlung gehen, wenn er seine politische Ueberzeugung aussprechen oder für sie Propaganda machen will; thut er das von der Kanzel, so macht er aus der Gemeinde eine Volksversammlung, aus der ihm Jeder, der dazu Lust hat, widersprechen kann und welcher dann schließlich auch noch Polizei-Kommissäre von Staatswegen beiwohnen müßten, um die Verhandlungen zu überwachen und nöthigenfalls zu unterbrechen. (Sehr gut.) Der Einfluß, der auf diese ungesetzliche Weise geübt wird, ist außerordentlich groß, wenn er sich auch nicht an den Fingern aufzählen läßt. (Sehr wahr!) Der Herr Pfarrer, von dem wir hier speziell sprechen, hat freilich nichts Anderes gethan, als seine Standesgenossen. Er hat nur das Unglück gehabt, daß sein Kandidat eine so geringe Majorität erhielt, daß die kleinste Unregelmäßigkeit bei Beurtheilung dieser Wahl von Wichtigkeit ist. Im Gegentheil dieser geistliche Herr, der sich begnügt, von der Kanzel herab zu einer Wahlversammlung einzuladen, ist im Verhältniß ein höchst anständiger, maßvoller Mann (Große Heiterkeit). Ich will Ihnen eine andere Probe geben. In einer Predigt, die ich hier habe, — es ist eine wirkliche Predigt, — heißt es: „Ich verwerfe die Wahl des Hohenlohe, selbst wenn ich wieder in Untersuchung kommen sollte; Hohenlohe ist nicht der Mann, der Bismarck entgegen zu treten wagt; wenn der etwas will, giebt er gleich klein bei. (Stürmische Heiterkeit, in welche der Reichskanzler einstimmt.) Wenn Bismarck sagt: Im nächsten Jahre soll Krieg sein, so sagt Hohenlohe: Ja. Die Beamten arbeiten für Hohenlohes Wahl, weil sie die Taschen voll preußischer Thaler haben. Ich habe den Ministern in unserer Kammer schon gehörig die Wahrheit gesagt, und sie wagten nicht, mir zu widersprechen. Darum höret auf mich und wählet nicht Hohenlohe." (Große Heiterkeit.) Wenn man das täglich miterlebt, dann versteht man diese Vorgänge weit schneller und richtiger zu würdigen. Es handelt sich für uns hier darum, endlich ein für allemal dem Mißbrauch ein Ziel zu setzen, der mit der Religion getrieben wird. (Lebhafter Beifall.) Die Nothwendigkeit zwingt uns, die einzige Waffe zu gebrauchen, die wir dagegen haben, d. h. unnachsichtlich jede Wahl, von der wir nach unserer besten moralischen Ueberzeugung (Widerspruch) — m. H., wir sitzen hier als Geschworene — überzeugt sind, daß sie ganz oder theilweise durch derartige Agitationen zu Stande gekommen ist, einfach zu kassiren. Diese Ueberzeugung habe ich, haben Viele, und wenn ich demgemäß stimme, so habe ich mein Gewissen salvirt. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen und auf den Antrag der Abtheilung die Wahl des Abg. Schüttinger für ungiltig erklärt; für die Giltigkeit stimmt eine sehr starke Minorität, bestehend aus der konservativen Partei, den Klerikalen und dem größten Theile der deutschen Reichspartei, Graf Bethusy-Huc stimmt mit der Majorität.

Ueber die Wahl des Grafen Pückler (Striegau-Schweidnitz) referirt v. Loë Namens der 2. Abtheilung und beantragt ihre Giltigkeit, Kloß im Namen der Minorität ihre Ungiltigkeit. Der letztere führt aus, daß diese Wahl wie die Schüttingers kassirt werden müsse. Wie in jenem Falle die Kanzel, so sei in diesem das Amt des Landraths mißbraucht worden, um direkt durch amtliche Mittel für den einen Kandidaten gegen den andern zu wirken. Der Landrath v. Zedlitz sei außerdem Wahlkommissarius gewesen, die Benutzung des Amtsblattes in seiner Hand also doppelt unzulässig. In einem Artikel desselben war der Gegenkandidat Bürgermeister Raute als Sozialdemokrat bezeichnet. Abg. Wilmanns plaidirt für die Giltigkeit der Wahl. In der That sei bei der Wahl nach Manier der Schweizerischen verfahren worden, indem Gegner des Grafen Pückler sich vor Zeugen rühmten, einzelnen Wählern, welche Stimmzettel für ihn abgeben wollten, diese Zettel weggerissen und ihnen dafür Zettel für Raute gegeben zu haben. Abg. Schraps für Ungiltigkeit der Wahl, doch sollte der Reichstag mit gleichem Maße die Agitationen evangel. Geistlichen gegen sozialdemokratische Kandidaten messen, wozu er bis jetzt keine Neigung zeige. Abg. v. Hennig: Der Landrath v. Z. mußte wissen, daß der Bürgermeister Raute kein Sozialdemokrat, sondern ein altes Mitglied der nationalliberalen Partei ist; er hat ihn auch im Amtsblatt nicht direkt als Sozialdemokrat gekennzeichnet, wohl aber indirekt, indem erst ein gewisses Programm zur Warnung aufgestellt und dann hinzugefügt wurde: wer diesem Programme der Sozialdemokraten nicht beitreten wolle, der wähle den Bürgermeister Raute nicht. Der Name „Sozialdemokrat" ist nämlich in jener Gegend nicht beliebt, er mahnt an den von dieser Partei veranlaßten unseligen Strike, der in jenem Wahlkreise die Arbeiter schwer geschädigt hat. Wenn ein Arbeiter einem Wähler den Wahlzettel im Vorzimmer des Wahlaktes weggenommen und zerrissen hat, so ist das nicht fein, nicht artig, aber nicht ungesetzlich und jedenfalls nicht als Beeinflussung der Wahl zu betrachten. Abg. Windthorst stimmt für die Gültigkeit der Wahl des Grafen Pückler, wie er für die Schüttingers gestimmt hat. Er, der Redner, habe selbst unter dem Widerstande der Behörden gegen seine Wahl schwer gelitten und sei überzeugt, daß dieser Widerstand, wenn erst die Liberalen an das Ruder gekommen sein werden — und sie werden ans Ruder kommen — noch viel stärker werden wird. Also möge man die Wahl für gültig erklären und zugleich den Bundeskanzler ersuchen, dem Landrath seinen Standpunkt klar zu machen.

Abg. Lasker. Für mich ist es äußerst interessant, daß zwei Wahlen heute verhandelt werden, in denen wechselsweise wiederum eine gewisse Uebereinstimmung bekundet wird, zwischen dem beeinflussenden Geistlichen und dem beeinflussenden Landrathe. Wir sind weit entfernt, davon irgend einer Partei einen loyalen Einfluß auf die Wahlen verweigern zu wollen. Wir haben Landräthe in diesem Hause, welche durch ihre vorzügliche Verwaltung derartig in ihren Kreisen sich beliebt zu machen wußten, daß Alles, was zwischen liberal und konservativ steht, für sie stimmte, und ich freue mich darüber. Aber unser Interesse beginnt dabei, daß wir weder die Staatsgewalt, noch die garantirte religiöse Gewalt gemißbraucht wissen wollen, um eine bestimmte Wahl herzustellen. (Zustimmung). Der Landrath ist Inhaber der Staatsgewalt und die Staatsgewalt ist in jedes Menschen Hand mächtig, auch in der Hand des letzten Nachtwächters und Gensdarmen. (Heiterkeit. Sehr wahr!) Der Landrath hat hier in dem Kreisblatte nicht als Privatperson, sondern kraft seines Amtes gesprochen, nun aber sind unsere Bürger noch so gut gewöhnt, daß sie wissen, wenn im Namen des Amtes zu ihnen gesprochen wird, so haben sie eine ganz andere Folge zu leisten. — Solche Einmischung also wollen wir nicht haben. Wir brauchen das Parlament, damit der freie Wille des Volkes darin abgespiegelt werde. Allerdings sollen sich alle legitimen Interessen darin geltend machen und ich bin der festen Ueberzeugung, wenn wir nicht in diesem Augenblicke eine konservative Regierung hätten und wenn sich nicht ein aus den konservativen Kreisen hervorgegangener Mann um den Staat so verdient gemacht hätte, wir hätten nie und nimmer so viele konservative Abgeordnete in den Reichstag bekommen (Sehr wahr!) und, m. H., ich bin äußerst zufrieden, Beides in den Kauf zu nehmen. Es ist nothwendig, daß für allemal feststehe, irgendwo giebt es eine Städte, wo nur der legitime Einfluß, nicht aber ein Mißbrauch sich geltend machen darf. Kein Landrath ist mit diesem Mandat versehen und ich glaube es sogar der Regierung nachrühmen zu müssen, daß von ihr von der Zentralstelle aus diesmal keine Andeutung nach dieser Richtung hin bekannt geworden ist. Einzelne Landräthe sind also, verwöhnt durch frühere Zeiten, aus eigener Machtvollkommenheit in dieser Weise vorgegangen. Ich bitte Sie, die Wahl für ungiltig zu erklären. (Beifall.) Das Haus beschließt hierauf die Ungiltigkeitserklärung der Wahl und nimmt zugleich den Antrag der Abtheilung an, den Bundeskanzler zu einer Rüge an den betreffenden Landrath aufzufordern.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr (Anträge Braun und Harkort, Interpellationen.)

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 17. April. Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Gesetzentwurfes, betr. die anderweite Feststellung der Matrikularbeiträge für 1869, erledigte ihren Auftrag unter Vorsitz des Abg. Hammacher in zwei dreistündigen Sitzungen am Freitag Abend und Sonnabend Vormittag. Die Debatten berührten mannigfache finanzrechtliche Kontroversen, bei denen der Bundeskommissar, Geh. Rath Michaelis, an dem Referenten v. Benda und dem Abg. Grumbrecht eine Stütze fand, während der Korreferent E. Richter, v. Hoverbeck und Hänel für die eingehendste Finanzkontrole des Reichstages, insbesondere bei Etatsüberschreitungen eintraten. Zunächst verlangte der Korreferent Aussetzung der Beschlußfassung über neue Matrikularanlagen, bis die Bundesregierung die Genehmigung der ihnen zu Grunde liegenden Etatsüberschreitungen nachgesucht habe. Die Mehrheit der Kommission sah indessen für diesmal davon ab, nachdem der Bundeskommissar erklärt hatte, daß bei der Unterlassung der Nachsuchung keine Absicht obgewaltet habe und man in Zukunft diese Genehmigung zuvor nachsuchen werde. Sodann verlangte der Korreferent vor Bewilligung neuer Matrikularumlagen ebenso wie für die übrigen Verwaltungen den Nachweis auch für die Militärverwaltung, daß dieselbe pro 1869 keine Ersparnisse gehabt habe. Der Bundeskommissar erklärte, daß keine solche Ersparnisse erzielt worden seien. Abg. Richter: Die Rechnungsziffer für die Militärverwaltung entspricht wunderbarer Weise der Etatsziffer bis auf den Thaler; man scheint das Pauschquantum der Militärverwaltung als einen für die folgenden Jahre übertragbaren Fonds anzusehen. Der Bundeskommissar: Einzelne Titel derselben sind allerdings übertragbar. Auf von Hoverbecks Frage, ob nicht sonst Uebertragungen vorgekommen seien, erfolgte eine Antwort, die später bei der Feststellung des Protokolls zu Kontroversen Anlaß giebt und daher hier, um nicht etwas Inkorrektes zu geben, nicht mitgetheilt werden kann. Der Antrag des Korreferenten, zur Klarstellung des Begriffs „Ersparnisse" den nach Titeln geordneten Nachweis über die Ausgaben der Militärverwaltung zu verlangen, wird gegen die Stimmen der Fortschrittspartei abgelehnt. Hänel bestreitet das von dem Bundeskommissar behauptete Recht der Militärverwaltung, auch nach Publikation ihres Spezialetats in der Gesetzsammlung noch Uebertragungen zwischen den einzelnen Titeln desselben beliebig vornehmen zu können. — Bei der Spezialdiskussion kritisirt Abg. Biedermann die Vertheilung der Martikularbeiträge ohne Einrechnung der ortsanwesenden Fremden. Der Korreferent tritt dem bei und behauptet mit Grumbrecht, wie hierbei namentlich die Hansestädte unbilliger Vortheil genößen, während der Bundeskommissar das von ihnen zu zahlende Aversum zum Anschlag bringen will und die Frage bis zur Umlage neuer Matrikularbeiträge pro 1872 ruhen zu lassen bittet. — Zum Dispositions-Fonds für unvorhergesehene Ausgaben bezweifelt Korreferent Richter, daß die für die Zivilprozeßordnungs-Kommission sich pro 1869 nicht hätte vorhersehen lassen, während es nach der Meinung des Bundeskommissars nicht vorherzusehen war, daß die Kommission noch über das Jahr 1868 hinaus tagen werde. Auf das Verlangen des Korreferenten legt er einen speziellen Nachweis der aus dem Dispositionsfonds bestrittenen Ausgaben vor. Bei den Etatsüberschreitungen der Konsulats-, Marine- und Telegraphenverwaltung wird mehrfach näherer Nachweis verlangt und vom Bundeskommissar theils gegeben, theils zugesagt. Der Korreferent wünscht, daß in Zukunft jedes Ressort durch einen besondern Vertreter zur Ertheilung von Auskunft bei ähnlichen Prüfungen sich vertreten lassen möge. Abg. Hammacher rügt den Mangel ausreichender Drähte bei den Haupttelegraphenlinien, dem die schlechten Einnahmen zum Theil zuzuschreiben seien. Ein von beiden Referenten gestellter Antrag wird angenommen: die Erwartung auszusprechen, daß künftig der Dispositionsfonds des Bundeskanzleramtes nicht mehr überschritten werden, sondern etwaige Ausgaben der Art wie außeretatsmäßige behandelt werden. Desgleichen ein Antrag des Korreferenten, daß künftig die wirklichen Bestände der übertragbaren Fonds am Jahresschlusse nachrichtlich mitgetheilt werden sollen. Schließlich erhob sich eine Debatte darüber, ob nicht das Defizit pro 1869 von 97,000 Thlr. aus den Ueberschüssen des Jahres 1870 gedeckt werden könne. Der Bundeskommissar sprach den Wunsch aus, daß die Rechnung für jedes Jahr getrennt gehalten werden möge. Ueber die Verwendung der Ueberschüsse pro 1870 von ca. 2 Millionen Thlr. wird dem Reichstage demnächst eine Vorlage gemacht werden. Die Kommission nahm darauf den Gesetzentwurf im Ganzen unverändert an. Abg. v. Benda ist mit schriftlicher Berichterstattung betraut.

Berlin, 17. April. Die Abgg. Schulze und Genossen (der Fortschrittspartei angehörig) haben folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzentwurfe seine Zustimmung zu geben: Gesetz, betreffend die Abänderung des Art. 32 der Verfassung des deutschen Reiches. Wir Wilhelm ꝛc. § 1. Der Art. 32 der Verfassung des deutschen Reiches wird aufgehoben. An dessen Stelle tritt der § 2 des gegenwärtigen Gesetzes. § 2 Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus der Bundeskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Bis zum Erlasse dieses Gesetzes stellt das Bundespräsidium die Höhe derselben fest. Ein Verzicht auf die Reisekosten und Diäten ist unstatthaft.

Urkundlich ꝛc. Berlin, den 15. April 1871.

Von dem Abg. Dr. Lucius (Erfurt) und unterstützt durch die Abgg. von Kardorff Graf Bethusy Huc, Dr. Friedenthal, Graf zu Solms-Laubach und von Behr-Schmoldow (sämmtlich von der „Deutschen Reichspartei") ist folgende Interpellation eingebracht worden: „Die Unterzeichneten erlauben sich die Anfrage, ob und welche Vorkehrungen Seitens der Reichspostbehörden getroffen sind, um die Beförderung von Packeten an die in Frankreich stehenden deutschen Truppen wieder zu ermöglichen?"

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. April.

— Erzbischof Graf Ledochowski ist am 15. April in Begleitung des Prälaten Kozmian und des erzbischöflichen Kaplans Maryanski abgereist, um eine Visitation der Kirchen in den Diözesen Gnesen und Posen abzuhalten. Am 16. visitirte derselbe die Parochialkirche in Kostrzyn.

— Das Landrathamt Posen wird gegenwärtig wieder durch Hrn. Landrath v. Massenbach nach dessen Rückkehr aus dem Felde verwaltet. Stellvertreter desselben war während dessen Abwesenheit Hr. v. Tempelhoff-Dombrowka, und während der Landtagssession, welcher Hr. Tempelhoff als Abgeordneter beiwohnte, Hr. Hoffmeyer-Zlotnik.

— Es sind wiederholt Anstrengungen gemacht worden, die verschiedenen landwirthschaftlichen Vereine unserer Provinz durch einen provinziellen Zentralverein zu verbinden, indessen haben diese Anstrengungen im bromberger Regier.-Bez. und in den südlichen Kreisen des posener Bezirks nicht das gewünschte Entgegenkommen gefunden. Die Erklärung dafür haben wir schon vor zwei Jahren in unseren Abhandlungen über die Lissaer Ausstellung und kürzlich in einem Feuilletonartikel über die „deutsche Einigkeit" zu geben versucht. Es besteht im Regier.-Bez. Posen nur ein landwirthschaftlicher Hauptverein, dem sich jedoch die Vereine in Lissa und Kempen leider noch nicht angeschlossen haben. Indessen scheint sich wenigstens die Ansicht Bahn zu brechen, daß die kleinen Kreisausstellungen, eine Hauptwirkung der Uneinigkeit unter den kleinen Landwirthen, aufhören müßten. Wenigstens wird uns geschrieben, daß der landwirthschaftliche Hauptverein von Posen nächstes Jahr in der Hauptstadt eine landwirthschaftliche Provinzial-Ausstellung zu veranstalten beabsichtigt, wozu Vorbereitungen bereits getroffen sind.

— **Das alte Landschaftsgebäude**, dessen Werth in der General-Versammlung der Posener Landschaft vom 28. Oktober 1864 nur auf 77,000 Thlr. angenommen wurde, wird, sobald die alte Landschaft aufgelöst wird (1878), zur Veräußerung gelangen. In Betreff der künftigen Bestimmung des Grundstücks ist der Vorschlag angeregt worden, daß die Provinzialstände, deren Räumlichkeiten im Regierungsgebäude sehr beschränkt sind, es ankaufen möchten. Die Nothwendigkeit, größere Räumlichkeiten zu suchen, würde noch stärker sich geltend machen, sobald die Provinz Posen, wie zu hoffen steht, einen Provinzialfonds erhält, da in Folge dessen eine umfangreiche Verwaltung etablirt werden müßte.

— **Im 18. Infanterie-Regiment** dient ein von hier gebürtiger Unteroffizier, Namens Nowacki, welcher, wie uns mitgetheilt wird, sich an der Insurrektion d. J. 1863 betheiligte, von den Russen gefangen wurde, 4 Jahre in Sibirien zubrachte, nach seiner Auslieferung alsdann sofort ins preußische Militär gesteckt wurde, und wegen seines tapfern Verhaltens im letzten Kriege mit dem eisernen Kreuze dekorirt worden ist.

— **Das Besatzungsbataillon Nr. 37,** und nicht das Ersatzbataillon Nr. 7, wie wir gestern irrthümlich gemeldet, wird nach dem Eintreffen des 6. Ersatzbataillons aus Samter in Posen entlassen werden.

— **Personalien.** Der Schulamtskandidat Belling ist zum ordentlichen Lehrer ernannt und bei dem k. Gymnasium in Lissa angestellt worden. Der Lehrer an der Realschule zu Eschwege Dr. Bindseil ist als Oberlehrer an das k. Gymnasium in Schneidemühl berufen worden. An den deutschen Vorbereitungsklassen der hiesigen Realschule ist neben den bisherigen Lehrern Pracht und Damsch der Lehrer und Kantor Merk aus Borek angestellt worden. Der Bureauassistent Weber bei der hiesigen Provinzial-Steuer-Direktion ist zum Haupt-Amts-Kontrolleur in Groß-Glogau befördert worden.

— **Katholische Pfarrstelle.** Der bisherige Dompönitentiar Kłoniecki aus Posen hat auf das durch die Versetzung des Pfarrers Choinski vakant gewordene Pfarrbenefizium zu Owinsk die kanonische Institution erhalten.

— **Von den Versicherungsgesellschaften,** bei denen die am 22. März zertrümmerten Spiegelscheiben versichert waren, weigert sich die bekannte Schlesische den entstandenen Schaden zu ersetzen, indem sie die Exzesse an jenem Tage für bürgerliche Unruhen erachtet. Kulanter zeigen sich die anderen Versicherungsgesellschaften; eine englische Gesellschaft, bei der das Oberlichtfenster am Sobeskischen Laden versichert war, geht sogar so weit, 60 Thlr. Schadenersatz zu gewähren, während durch ein Versehen des Agenten die Scheiben nur mit 25 Thlr. versichert waren.

— **Auf der Fischerei** Nr. 12, dem Schneidermeister Albrabowski gehörig, stürzte Sonnabend 9½ Uhr Abends eine an das Nachbargrundstück Nr. 13 grenzende Mauer eines massiven einstöckigen Seitengebäudes ein, indem der Besitzer dieses Nachbargrundstückes, der Töpfermeister Dolatkowski, ohne Hinzuziehung eines Sachverständigen an demselben Tage dicht an der Nachbargrenze für einen Bau die Erde hatte ausschachten lassen und dadurch die Mauer ihren Halt verloren hatte. Sie stürzte in die Stube auf die Bettstellen, in denen glücklicherweise Niemand lag.

— **Im polnischen Publikum** unserer Stadt herrscht — wie der „Orędownik" mittheilt — die Absicht, eine öffentliche Versammlung zu berufen, damit gegenüber dem von dem Fürsten Bismarck den polnischen Deputirten gemachten Vorwurfe, sie seien nur zur Vertretung kirchlicher Interessen gewählt, öffentlich ausgesprochen werde, daß die Polen ihre Reichstagskandidaten ausdrücklich zur Vertheidigung der nationalen Interessen wählen. Wir rathen, auch in den ländlichen Kreisen solche Versammlungen zu veranstalten. Es wäre interessant zu hören, wie man den Wählern, besonders den Bauern, klar macht, daß die Ausschließung Posens vom deutschen Reiche ein „nationales Interesse" sei. Die Polen in Posen sind Angehörige Preußens, und wenn dieser Staat seinen Gesammtzweck in der Verbindung mit anderen Staaten, welche man zusammen Deutsches Reich nennt, besser erreicht als für sich, so kommt dies allen Staatsbürgern zu Gute. Wenn in Handel, Gewerbe, Verkehr, Justiz-, Militärsachen und vielen anderen Angelegenheiten, welche Preußen an die Reichsgewalt abgegeben hat, Posen eine gesonderte Verwaltung und Gesetzgebung erhielt, so würde das Schädigungen, Weitläufigkeiten und oft lächerliche Kollisionen zur Folge haben, unter welchen die Bewohner zu leiden hätten. Indessen wenn es den Unversöhnlichen nicht gelingt die Ausschließung Posens als ein nationales Bedürfniß darzuthun, so wird es ihnen um so besser gelingen, einen neue Beleg zu geben, daß Demonstrationen und Terrorismus nationale Bedürfnisse sind. Diesen Neigungen giebt man um so lieber nach, als man weiß, daß sie glücklicher Weise erfolglos bleiben. „Im Interesse der polnischen Solidarität", so ungefähr sagte dieser Tage ein poln. Edelmann, „verlange ich ebenfalls die Ausschließung Posens vom Deutschen Reiche, indessen sobald man eine Demarkationslinie zöge, würde ich in den Theil Preußens ziehen, welcher zum Deutschen Reiche gehört." Dies Wort ist bezeichnend.

—r **Kreis Bomst,** 14. April. [Lissa-Bentschener Bahn. Stellvertretung.] Sicherm Vernehmen nach wird der projektirte Eisenbahnbau Lissa-Bentschen, dessen Vorarbeiten seit Jahren bereits beendigt sind, in kürzester Zeit in Angriff genommen werden. Neben dem Verwaltungsrathe der Märkisch-Posener-Bahn bewerben sich noch andere Konsortien um der qu. Bau; die Konzessionsertheilung soll jedoch bereits von maaßgebender Stelle ersterem zugesichert sein. — Seit vorgestern ist dem Rittergutsbesitzer Hrn. Dr. von Wallenberg auf Obra die provisorische Verwaltung des hiesigen Landrathsamtes an Stelle des Freihern von Unruhe-Bomst, der als Reichstags-Mitglied zu Berlin weilt, übertragen worden.

Er. **Grätz,** 15. April. [Unbefugtes Schießen. Lehrerwahl. Kirchenbaubeiträge.] Dem unbefugten Schießen aus Schießgewehren und angebohrten Hohlschlüsseln, welches in letzter Zeit häufig in Straßen und Orten, wo Menschen verkehren, hier üblich geworden, ist die Polizeibehörde entgegengetreten, sie hat 6 dieser Schießliebhaber, die in der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. viele der hiesigen Bewohner durch ihr Treiben beunruhigten, ermittelt und der Polizei-Anwaltschaft zur Bestrafung angezeigt; letztere hat auch sofort Anklage erhoben. — Die 7. Lehrerstelle an der hies. kath. Schule, die durch den Abgang des Lehrers Kaffler vakant geworden, hat von 7 Bewerbern der Lehrer Stranz aus Mroczen erhalten. — Die hiesige kath. Pfarrkirche wurde im Jahre 1864 durch einen Brand theilweise beschädigt; die Kirchengemeinde, bestehend aus der Stadt Grätz und 14 dazu gehörenden ländlichen Ortschaften, mußte, da hinreichende baare Mittel zur Bestreitung der Wiederherstellungskosten, die der inneren Ausstattung wegen hoch zu stehen kamen, nicht vorhanden waren, ein Darlehn von 10,000 Thlr. aus der Provinzial-Hilfskasse aufnahmen, welches innerhalb 10 Jahren gegen 5 Prozent Zinsen amortisirt wird. Demzufolge muß die gedachte Kirchengemeinde zur Abtragung der Amortisationsquoten inkl. der Erhebungskosten bis inkl. 1876, wo die Amortisationsperiode zu Ende geht, alljährlich die bedeutende Summe von 1400 Thlr. baar aufbringen. Allerdings fällt derselben die Aufbringung dieser Abgaben von welcher pro Thaler Klassensteuer ein Beitrag von 26—27 Sgr. fällt, neben den übrigen Staats- und Kommunalabgaben sehr schwer, da sie aber für die Aufnahme des Darlehns gewesen, so muß sie sich auch jetzt in das Unvermeidliche fügen und sich damit trösten, daß sie für diese schweren Opfer auch eine sehr schön ausgestattete Kirche besitzt.

§. **Stenschewo,** 15. April. [Kindesmord. Franzosen. Todesfall.] Am 2. Feiertage hat die beim Gutsbesitzer J. in Chomęcice in Dienst stehende Magd Josepha Czyfczak, eine bereits verheirathete Frau und Mutter von einigen Kindern, welche jedoch von ihrem Manne getrennt lebt, ein außereheliches Kind geboren und dasselbe gleich nach der Geburt dadurch getödtet, daß sie demselben den Mund voll Lappen stopfte, worauf sie es dann auf dem Boden unter Spreuhaufen versteckte. Eine Katze soll die Kindesleiche hervorgescharrt haben. Es wurde hiervon der Königlichen Staatsanwaltschaft Anzeige gemacht, und hat in Folge dessen bereits die gerichtliche Obduktion der kleinen Leiche stattgefunden. — Heute wurden im Gasthofe zu Strykowo, ein Meile von hier, 8 aus der Gefangenschaft in Posen entwichene Franzosen, von denen zwei Zivilkleider trugen, von den beiden hier stationirten Gendarmen Waschkowitz und Scheffler in dem Augenblicke überrascht, als sie sich beim gebratenen Kalbe, welches sie gekauft und für sich hatten zurichten lassen, gütlich thaten. Es wollte den Herren Franzosen gar nicht in den Sinn, daß man es wagte sie bei ihrem fröhlichen Mahle zu stören und zugleich für Arrestanten zu erklären. Nach ihrer Meinung wären sie auf einer Promenade begriffen, welche sie bis nach Breslau auszudehnen sich vorgenommen hätten. Bei ihrem Transport durch unsere Stadt wurden sie von hiesigen Polen reichlich mit Zigarren und verschiedenen Eßwaren regalirt. Aus Dankbarkeit dafür beschenkten sie die Knaben mit Knöpfen. Auf der hiesigen Polizei konnte eine ordnungsmäßige Vernehmung derselben nicht stattfinden, weil man sich mit ihnen nicht verständigen konnte. Dieselben wurden des Nachmittags unter sicherer Eskorte nach Posen abgeführt. — So eben ist der Wehrmann Czychlinski von hier, welcher den Feldzug in der 3. Schwadron des 2. Hus.-Reg. (Lissa) mitgemacht hat und erst vor 8 Tagen aus dem Dienst entlassen worden war begraben worden. Ein zahlreiches Leichengefolge begleitete den tapferen Krieger zur letzten Ruhestätte. Die hiesigen Schützen feuerten über dem Grabe drei Ehrensalven ab. Um die Frau und Kinder des Verstorbenen vor Nahrungssorgen zu schützen, wurde bereits gestern unter den hiesigen Bürgern eine Kollecte veranstaltet, wobei sich die Deutschen und Juden am reichlichsten betheiligten, obgleich Cz. ein Pole war.

z. **Tirschtiegel,** 16 April. [Verein. Konfirmanden. Toller Hund.] Der Prediger- und Lehrerverein zur gegenseitigen Unterstützung in Brandunglücksfällen in den Provinzen Posen, Brandenburg und Pommern zählte im Jahre 1870 5188 Mitglieder und zwar 1081 Geistliche und 4107 Lehrer. Es waren in dem abgelaufenen Jahre 61 Brand- resp. Raumungsschäden und zwar 14 über und 47 unter 100 Thlr. auszusteuern und mußten zu diesem Zwecke 7250 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. von den Vereinsmitgliedern aufgebracht werden. Durchschnittlich hat das 85. Mitglied Brandschaden erlitten. Da im Jahre 1870 14 Prediger und 47 Lehrer Brandentschädigung liquidirten, so ist unter den Predigern das 77. und unter den Lehrern das 87 Mitglied durch Brand verunglückt. Das Beitragsverhältniß nach Prozenten berechnet betrug in der 1. Klasse 2 Sgr. 7 Pf. vom Hundert, in der 2. Klasse einige Pfennige mehr und so steigend bis 5 Sgr. 4 Pf. vom Hundert in der 10. Klasse. — Heute wurden in der hiesigen evangelischen Kirche die diesjährigen Konfirmanden, 69 an der Zahl, eingesegnet. — In Grubske hiesigen Kreises hat sich ein toller Hund gezeigt, die polizeilichen Vorsichtsmaßregeln sind bereits angeordnet worden.

—r **Wollstein,** 14. April. [Zweihundertjähriges Schützenjubiläum.] Bereits am 7. Februar cr. waren zweihundert Jahre verflossen seitdem König Michael Korybut von Polen der hiesigen Stadt das Privilegium zur Errichtung einer Schützengilde ertheilt. Wegen des Krieges wurde jedoch die längst projektirte Feier dieses Jubiläums aufgeschoben und es wird nunmehr dieselbe entweder mit dem diesjährigen Pfingstschießen verbunden werden oder am Tage des Friedensfestes stattfinden.

Der **Verlust-Liste Nr. 206** entnehmen wir die Verluste an Offizieren und denjenigen Mannschaften, welche unserer Provinz angehören.

Vormarschgefecht gegen Dijon am 21. Jan. 1871.

4. Pommersches Infanterie-Regiment Nr. 21.

Prem.-Lt. und Komp.-Führer v. Woldek-Arneburg aus Stendal. S. v. S. d. d. l. Oberarm. Beim Truppenth.

Gefecht bei Dijon, 23. Jan. 1871.

Sec.-Lt. Richardi aus Inowraclaw. S. v. S. i. d. l. Schulter. Laz. Is sur Thil. Hauptm. und Komp.-Chef Frhr. Ganz Edler zu Putlitz aus Greifenberg in Pommern. L. v. Fleischschuß a. r. Oberschenkel, Prellschuß a. l. Unterschenkel und Prellschuß am Unterleib. Beim Truppentheil. Musketier Eduard Leopold Dessau aus Schlave, Kr. Czarnikau. Verm.

Vorposten bei Bretigny am 26. Jan. 1871.

Musk. August Kilczinski aus Przylenke, Kr. Bromberg. L. v. S. d. l. Oberschenkel. Laz. Is sur Thil.

Gefecht bei St. Quentin 19. Jan. 1871.

Rheinisches Feld-Artillerie-Regiment Nr. 8.

Sec. Lieutenant und Adjutant Schultz aus Berlin. Leicht verwundet. Kontusion des linken Fußes durch einen Granatsplitter. Beim Stabe verbl. Sek.-Lt. Heyduck S. v. S. in d. Brust. Lazareth Essigny le grand. Sek.-Lt. Korten aus Koblenz. L. v. S. in d. r. Oberschenkel. Laz. Essigny le grand. Hauptm. und Batt.-Chef Stoeter aus Magdeburg T. Zerschmetterung beider Oberschenkel durch Granatsplitter. Sek.-Lt. Hartstein aus Berlin. T. Zerschmetterung d. r. Schulter u. Brust d. Granatschuß.

Schlacht bei Sedan, 1. Sept. 1870.

Hessisches Pionier-Bataillon Nr. 11.

Sek.-Lt Haas aus Berlin. L. v. Kontus. am Unterschenkel. Geh. d. Truppentheil.

Gefecht am 14. Jan. 1871.

Sek.-Lt. Hoffmann II. aus Stettin. S. v. S. d. d. Brust und Oberarm. An den Wunden gest. am 15. Jan. 1871.

Gefecht bei Bretoncelles, 21. Nov. 1870.

1. mobile Pionier-Kompagnie.

Hauptm. und Komp.-Komm. v. Holly aus Weißenfels. S. v. Durch einen Gewehrschuß d. r. Auge verloren. B findet sich b. d. Komp.

Sturm auf die Schanze Perche la haut, 26. Jan. 1871.

4. Magdeburgisches Infanterie-Regiment Nr. 67.

Pr.-Lt. von dem Brinken. T. S. d. d. Unterleib. Sek.-Lieut. Pfannkuch. Verw. An seinen Wunden bereits verstorben.

Tranchee-Arbeit vor Belfort in der Nacht vom 3.—4. Febr. 1871.

1. kombinirtes Pommersches Landwehr-Regiment Bataillon Gnesen.

Wehrm. Christoph Weidemann aus Pustachowo, Kr. Gnesen. L. v. Kontus. d. Granatspl. a. d. Ferse. B. Truppentheil. Wehrm. Valentin Dolniak aus Malacro, Kr. Gnesen. L. v. S. d. d. l. Oberschenkel. Laz. Meroux. Wehrm. Franz Gawrych aus Woydal, Kr. Inowraclaw. T. S. d. d. Kopf. Wehrm. Johann Kopydlowski aus Rgielsko, Kr. Wongrowiec. T. Granatspl. a. Kopf. Wehrm. August Baron aus Konay, Kr. Wongrowiec. L. v. Kontusion a. Kopf d. e. Bajonetstich. Revier-Lazareth. Wehrm. Kasimir Hollisch aus Siemianowo, Kr. Gnesen. L. v. Kontus. a. d. l. Hüfte d. Granatspl. Revier Lazareth.

Vorposten bei Bavillier am 2 Februar 1871.

Bataillon Deutsch-Crone.

Wehrm. Boleslaus v. Wallkowski aus Betsche, Kr. Meseritz. Verm.

Auf Posten in Valdoie am 3. Februar 1871.

Ingenieurstab des Belagerungscorps vor Belfort.

Ingenieur Pr.-Lt. Adam aus Erfurt, Prov. Sachsen. L. v. In der Nacht vom 3. zum 4. Febr. d. Streifsch. a. d. l. Schulter. Revier-Lazareth zu Meroux.

Marsch von Noissel nach dem Stabe der 3. Reserve-Division am 17. Januar 1871.

3. Reserve-Husaren-Regiment.

Hus. Joseph Michalski aus Lubiatowo, Kr. Schrimm. Verm.

(Beilage.)

Vereine und Vorträge.

☉ In der Versammlung der polytechnischen Gesellschaft am Sonnabende wurde darauf hingewiesen, daß die polizeilichen Vorschriften in Betreff der Aufbewahrung des Petroleums außerordentlich lästig für die Kaufleute, und für gutes Brennpetroleum in Wirklichkeit nicht erforderlich sind, indem dasselbe sich erst bei etwa 50 Grad C. entzündet und weit weniger feuergefährlich als Spiritus ist, für dessen Aufbewahrung selbst in Berlin die früher so lästigen Bestimmungen sehr bedeutend modifizirt worden sind. Es wäre demnach wünschenswerth, daß die polizeilichen Vorschriften in Bezug auf die Aufbewahrung des Petroleums für das naphtafreie, gefahrlose Petroleum gänzlich in Wegfall kämen und nur für das naphtahaltige in Geltung blieben. Leider kommt in neuerer Zeit sehr viel naphtahaltiges Petroleum in den Handel. — An einem Aneroid-Barometer, welches aus einander genommen war, wurde die Konstruktion desselben erörtert, und der Unterschied des Vidischen Aneroid-Barometers vom Burdonschen Aneroid-Barometer klar gemacht. Der Vorzug des Aneroid- vor dem Quecksilber-Barometer besteht vornehmlich darin, daß ersterer leicht transportabel ist. — In der Nähe von Konin, nahe der Warthe, ist ein großes Braunkohlenlager aufgefunden worden. — Bei der Anfertigung von Dachpappe destillirte man früher gewöhnlich den Steinkohlentheer ab, um das Benzin zu gewinnen und das Wasser zu entfernen. Da aber das Benzin gegenwärtig sehr niegrig im Preise steht, und überdies, sobald nicht nur das Benzin, sondern auch die ätherischen Oele mit mit übergehen, was sehr leicht bei nicht genügender Aufmerksamkeit geschehen kann, und dann der Theer krümlich und zur Anfertigung der Dachpappe wenig brauchbar wird, so empfiehlt es sich, das Destilliren zu unterlassen und das Wasser von dem kochenden Theer mit einem Löffel einfach abzuschöpfen. — Runde Nägel halten im Holze bedeutend fester, als eckige, indem einerseits die Holzfasern von ihnen nicht zerrissen werden, wie dies bei den eckigen Nägeln der Fall ist, andererseits aber auch die eckigen Nägel meistens konisch zugespitzt sind, und demnach, sobald sie überhaupt einmal locker sind, leicht herausgezogen werden können, während die runden Nägel vorn und hinten gleiche Stärke haben.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Münster, 10. April. Professor Heis schreibt: Die Zahl der kleinen, zwischen Mars und Jupiter kreisenden Planeten ist auf 113 gestiegen; am 12. des verflossenen Monats entdeckte der Direktor der Sternwarte in Bilk bei Düsseldorf Dr. Luther den 113. Planeten, der den Namen Amalthea erhielt. — Die Zahl der Sonnenflecken ist noch immer eine bedeutende; in 9 Gruppen wurden heute, Montag, im Ganzen 37 einzelne Flecken gezählt. Mit der Häufigkeit der Erscheinung steht im Zusammenhange die Häufigkeit der Nordlichter. Im verflossenen Monat März wurden hier in Münster und in Peckeloh am 16. und 21. und am 23. Nordlichter beobachtet

—r **Das Deutsche Reich, der Norddeutsche Bund** und insbesondere der preußische Staat. Unter diesem Titel veröffentlicht Fr. Eduard Keller ein ebenso zeitgemäßes als treffliches Handbuch der Vaterlandskunde. Der Verfasser hat mit der Geschichte um die Wette gearbeitet, denn im Jahre 1864 beschränkte er sein Werk noch auf den preußischen Staat. Die Erwerbungen von 1866 veranlaßten ihn zu einer zweiten Auflage: „Der Norddeutsche Bund", und während diese im Erscheinen war, entstand das „Deutsche Reich", worauf der Verfasser in der 5. Lieferung, welche die letzte des uns vorliegenden ersten Bandes bildet, Bezug nimmt und dadurch trotz der geschichtlichen Beweglichkeit, die eine bildliche Abnahme des organischen Ganzen schwer gestattete, — ein ziemlich einheitliches Werk liefert. Der erste Band enthält zunächst die durch poetische Beigaben gewürzte Geographie, wobei selbst die Heilquellen und Seebäder nicht fehlen; dann einen geschichtlich politischen und staatswirthschaftlichen Theil über die Gründung und Organisation des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins; das „Deutsche Reich" mit den wichtigsten Grundgesetzen bildet den Schluß des 1. Bandes. Wir hoffen, in nächster Zeit das ganze Werk vollendet vor uns zu sehen. Sowohl der Verfasser wie der Verleger (J. Guttentag in Berlin) erwerben sich ein Verdienst so schnell ein Werk zu liefern, das heut ein Bedürfniß geworden ist.

Staats- und Volkswirthschaft.

Breslau, 14. April. Der 13. Generallandtag der schlesischen Landschaft ist heute Vormittag durch den kgl. Kommissarius, Oberpräsidenten Graf v. Stolberg-Wernigerode in Gegenwart der durch Amt und Wahl dazu berufenen Mitglieder der landschaftlichen Kreditverbindung im Dienstgebäude der schlesischen General-Landschaftsdirektion eröffnet worden. Die Gegenstände der heutigen Eröffnungssitzung beschränkten sich auf allgemeine, die Kreditverbindung betreffende Mittheilungen, da die der speziellen Reform unterliegenden Gegenstände nach der Geschäftsordnung den hierzu besonders ernannten Ausschüssen vorgelegt werden. (Schles. Z.)

** **Auf der Schneekoppe** soll eine österreichische und preußische Telegraphenstation für die Zeit vom 15. Juni bis 15. September errichtet werden. Bei der ungeheuren Frequenz dieses höchsten Berges Norddeutschlands (es übernachten dort oft bis 200 Personen) dürfte der Draht stark in Anspruch genommen werden.

** **Die Stadt Warschau** hatte nach der letzten Zählung von 1869 eine Einwohnerzahl von 261,249, davon 122,819 Individuen männlichen und 138,430 weiblichen Geschlechts. Den Bekenntnissen nach gab es 152,605 Katholiken, 86,672 Juden, 14,778 Evangelische, 6840 griechisch-katholische, 183 Unirte. Die Länge der Straßen Warschau's beträgt in Summa 14,314 Wjorst (20,89 Meilen); die von der Stadt bedeckte Erdfläche umfaßt einen Raum von 8,558,77 □Ruthen; davon sind 3,131,81 □Ruthen mit Steinpflaster versehen. Der Umkreis der Stadt beträgt 18,6 Wjorst (über 2½ Meile.)

** **Indo-europäische Telegraphen-Verbindung.** Am 8. April wurden mit der indo-europäischen Telegraphenlinie in Theheran die ersten direkten Versuche ohne Ueberschreibung der Depeschen gemacht. Zuerst setzte sich die londoner Hauptstation mit dem Telegraphen-Amte in Kuratschi in Verbindung. Dann geschah ein Gleiches von Kuratschi nach Calcutta und hierauf bewirkte man in Kuratschi die unmittelbare Verbindung der Endpunkte; Signale wurden sodann ausgetauscht, und als diese von vollkommener Isolirung zeugten, ging von London nach Bombay ein kommerzielles Telegramm, dessen Empfang schon im nächsten Augenblicke angezeigt wurde.

Vermischtes.

Breslau, 16. April. [Zoologischer Garten. Marienau. Gewitter. Aus Kamenz. Rückkehr der einjährig Freiwilligen, welche Studenten sind. Erklärung katholischer Edelleute. Hausblätter und Morgenzeitung. Bilse. Theater. Französische Münze.] Der zoologische Garten übt jetzt auf das besuchende Publikum um deshalb eine besondere Anziehungskraft, weil die mit der Scholzeschen Menagerie angekaufte Löwenmutter Junge geworfen hat, die sie aber vor den Beschauern meist sorgfältig zu verbergen pflegt. Leider ist für die heranwachsende Königsfamilie noch immer kein ihrer würdiges Unterkommen vorhanden. — Unserem hübschen Marienau, welches bekanntlich in 10 Possessionen 11 Restaurationen zählt und dessen Zierde auf einem mit Dämmen eingeschlossenen Terrain von etwa 60 Morgen in 5- bis 600 alten Eichen besteht, droht ein arger Verlust, indem die Stadt eine ihr gehörige dort gelegene Besitzung, auf welcher 146 Eichen stehen, für den sehr mäßigen Preis von 4000 Thlr. verkauft hat und der Erwerber jetzt beginnt die alten Eichen wegzuschlagen. Einen dieserhalb angestrengten Prozeß hat der Magistrat in allen Instanzen verloren und fordert der Beklagte für den Rückkauf der Bäume jetzt nicht weniger als 6000 Thlr. Vorläufig ist eine Einigung noch nicht zu Stande gekommen, besonders weil man fürchtet, daß dann auch die übrigen Wirthe mit gleich-mäßigen Ansprüchen hervorzutreten versuchen würden. — Am Donnerstag hatten wir in der Mittagstunde ein kurzes aber heftiges Gewitter, welches leider eine sehr kühle Temperatur im Gefolge gehabt hat. — Hier entlud sich dasselbe nur in einer sehr starken Detonation ohne Schaden zu verursachen. Der Blitz hat aber, wie Berichte aus der Provinz melden, an verschiedenen Orten gezündet. — Der Prinz Albrecht (Sohn) hat mit seiner Mutter, der Prinzessin Marianne, das schlesische Lustschloß Kamenz bei Frankenstein bezogen und ist von der dortigen Bevölkerung auf das Freudigste empfangen und begrüßt worden. — Der Rektor Magnificus hiesiger Universität, Dr. Stobbe, hat sich mit einem Gesuche an das Kriegsministerium gewendet, in welchem er gebeten, diejenigen Studenten hiesiger Universität, welche als einjährige Freiwillige bei den mobilen Truppen in Frankreich stehen, dort zu entlassen und einem der hier garnisonirenden Ersatzbataillone zuzuweisen. Wie wir erfahren, soll diesem Wunsche, hinsichtlich derjenigen Studirenden, welche bei Linienregimentern stehen, Rechnung getragen werden, wogegen die betreffenden Freiwilligen des Gardecorps zunächst noch bei ihren Truppentheilen verbleiben sollen, um seiner Zeit den Einzug in Berlin mitmachen zu können. — Eine Erklärung von 16 katholischen schlesischen Hochtorys, darunter 3 Grafen Stolberg, 2 Grafen Pfeil, Graf Hoverden-Planken, Graf Henkel, Graf Chamaré, Graf Matuschka, Graf Praschma ꝛc., worin dieselben ihre Mißbilligung über das Auftreten der schlesischen katholischen Mitglieder der freikonservativen Partei im deutschen Reichstage aussprechen, erregt in betheiligten Kreisen große Sensation. Die „Hausblätter" meinen hierzu, daß die Wähler von ihren Kandidaten in Zukunft die unzweideutigsten Garantien öffentlich fordern müßten, um ähnlichen Unzuträglichkeiten vorzubeugen. Wie das gemacht werden soll, wird nicht näher angegeben. Die „Breslauer Morgenz." bringt die Stellung einer Kaution in Vorschlag, die, wenn der Kandidat nicht nach Antrag stimme, als Peterspfennig zu verfallen hätte. — Musikdirektor Bilse aus Berlin wird in mehreren Orten Schlesiens nächstens Konzerte zu patriotischen Zwecken veranstalten; hier werden diese Konzerte am 5., 6. und 8. Mai stattfinden. — Vom Theater ist mitzutheilen, daß ganz Breslau Helmerdingsch geworden ist. Gestern Morgen um 10 Uhr war für heut kein Billet mehr zum Thalia-Theater zu bekommen.

* **Brügge,** 13. April. Die hiesige „Patrie" schreibt: Wir vernehmen mit Vergnügen, daß Se. Exzellenz der hochwürdigste Herr Nuntius des Papstes in Brüssel „geruhen" wird, der nächsten Prozession des „heiligen Blutes" beizuwohnen. — — — „Dieser Priester, welcher „geruhen" wird, seinen Gott zu begleiten, — die ganze Geschichte des römischen Klerus ist in den zwei Worten geschrieben", bemerkt dazu der Antwerpener „Précurseur".

* **Das Pariser Haus Rothschild** gehört zu denjenigen Firmen in Frankreich, die mit den Deutschen nichts mehr zu schaffen haben wollen. Außer daß die Inhaber des Bankhauses ihren sämmtlichen deutschen Komtoiristen gekündigt, ist nach dem „Publ." auch in diesen Tagen dem berliner Vertreter des Hauses, dem Geh. Kommerzienrath Bleichroeder, die Kündigung der Agentur von Rothschild Söhne zugegangen.

* **Ein Columbusportrait.** Bei einer unlängst in London stattgefundenen Versteigerung von alterthümlichen Oelgemälden kam ein Portrait von Christoph Columbus unter den Hammer, das nebst einer Kupferstichkopie desselben 50 Guineen erzielte. Das Bildniß wurde für Margarethe, Statthalterin der Niederlande, gemalt, 1590 nach England gebracht und ist im „Leben von Columbus" von Washington Irving mehrfach erwähnt.

* **Calisto, die Verfehmte.** Man schreibt aus Wien: In der gegenwärtigen internationalen Ausstellung im Künstlerhause figurirt auch ein reizendes Bild der Calisto, jener schönen Nymphe Dianens, die um der Liebe Jupiters willen von Juno in eine Bärin verwandelt und darauf von dem dankbaren Vater der Götter unter die Sterne versetzt wurde. Schauß, ein berliner Künstler, hatte die Kühnheit, diese Nymphe in ihrer Gottverlassenheit im Walde bloßzustellen und ihr nur einen Schleier als Hülle zurückzulassen. Noch mehr, die berliner Akademie beging das moralische Verbrechen, dieses Bild zur Ausstellung zuzulassen. Darob grimmige Empörung in den muckerischen Höhen des Berliner Kultusministerium. Blitz und Hagel entlud sich ich über das akademische Direktorium. Kultusminister Mühler schleuderte seinen Bannstrahl mit solchem Furor gegen die altheidnische Verbrecherin, daß die beleidigte Moral sich gesühnt fühlte und die norddeutsche Mädchentugend wieder aufzublicken begann. Welche Bewegung wird nun aber den moralischen Kultusminister Mühler erfassen, wenn er erfährt, was eben erzählt wird, daß selbiges Bild von der wiener Akademie für ihre Gallerie angekauft werden soll. Es giebt doch keine Tugend mehr in den Akademien. Shoking! wie Pater Greuter sagen würde, wenn er als irischer Abgeordneter im londoner Parlament säße.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

W. Urban's electro-magnetisches Universalsalz

heilt jeden Rheumatismus, Gicht, Podagra, Hämorrhoiden, rheumatischen Zahnschmerz, angeschwollene Gelenke, so wie jede durch Zug, Kälte oder Frost entstandenen Schmerzen durch einige Umschläge damit; und ist das Pack für 1 Thlr. gegen Zahlung oder Nachnahme zu haben bei **W. Urban** in Borek.

Niederlagen sind vorläufig in **Posen** bei Madame **Krupska**, Magazinstraße Nr. 1.
- **Krotoschin:** Hr. Kaufmann **Ruhmann.**
- **Rawicz:** Madame **Gynther**, Breslauerstraße.
- **Lissa:** Hrn. Kaufmann **Hansen.**

Geschäftsleute, welche sich mit dem Verkaufe desselben befassen wollen, werden ersucht, ihre Adressen an mich zu senden.

W. Urban in Borek.

Soeben erschien bei **J. J. Heine** *in Posen*, **Markt 85,**
Kriegslieder aus der Kreuzzeitung, gesammelt von A. Henschel, Pastor in Zduny. Preis eleg. geh. 5½ Bogen **6 Sgr.**

Preuß. Loose 1/1—1/32 bei **S. Basch**. Berlin, Molkenmarkt 14,

---

Lotterie-Loose: ¼ 15 Thlr. (Orig.), 1/8 7½ Thlr., 1/16 4 Thlr., 1/32 2 Thlr. vers. *L. G. Ozanski*, Berlin, Jannowitzbrücke 2.

Wilhelmsstraße 9

ist vom 1. Oktober ab das große Geschäfts-Lokal, worin gegenwärtig eine Manufakturwaaren-Handlung besteht, anderweitig zu vermiethen.

Ein gr. möbl. Parterrez. ist Halbdorfstr. 8 f. 1 od. 2 Herren m. Betten v. 1. Mai z. verm

---

1 eleg. möbl. Zimmer vom 1. Mai Wallstraße 4 part zu vermiethen.

Ein Laden

Markt- u. Breslauerstr.-Ecke 60 zu verm.

Ein Geschäftslokal, **Alt. Markt 55** 1 Tr., ist von Michaeli c. zu vermiethen.

Ein freundl. unmöbl. Zimmer, Halbdorfstr 13 1 Treppe, ist sogleich zu vermiethen.

Mühlenstraße Nr. 16,

Parterre links, sind **zwei fein möbl. Zimmer** vom 1. Mai ab zu vermiethen.

Im *Hôtel de l'Europe* zu Gnesen sind vom 20. d. Mts. ab während des Pferdemarktes 10 möblirte Zimmer nebst Stallungen für 30 Pferde zu vermiethen

Auch sind die Zimmer während der vierwöchentlichen Dauer des polnischen Theaters zu vermiethen.

Das Buffet übernimmt der Konditor Herr *B. v. Loga* und wird solches nicht allein des Abends während der Theatervorstellungen, sondern auch am Tage zur gefälligen Bedienung der Gäste geöffnet bleiben.

Nähere Auskunft ertheilt

Bronisław v. Loga.

Tüchtige Agenten

in Städten, so wie auf dem Lande der Provinz Posen, für außerordentlich beliebte und gute **Hagel-, Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaften** werden verlangt. Bewerbungen sub **M. 19** nimmt die Expedition dieser Zeitung entgegen.

Ein tüchtiger, beider Landessprachen mächtiger

Bureaugehilfe

findet sofort bei mir dauernde Beschäftigung. Gehalt 5 Thlr. monatlich und freie Station.

Kotlin, Kr. Pleschen, d. 14. April 1871.

Eichel,
Königlicher Distrikts-Kommissarius.

Ein zuverlässiger, beider Landessprachen mächtiger, deutscher

Wirthschafts-Inspektor,

(unverheirathet), dem genügende praktische Erfahrungen und gute Empfehlungen über seine bisherige Wirksamkeit zur Seite stehen, wird auf dem Dom. **Owieczki** bei Gnesen **zum 1. Juli** d. J. zu engagiren gewünscht

---

Das Dominium **Groß-Wiśniche** bei Kähme sucht zum 1. Juli d. J. einen zweiten

Wirthschaftsbeamten.

Geh. 80 Thlr. nebst freier Station.

Das **Dom. Latalice** bei **Pudewitz** sucht sofort einen deutschen

Wirthschaftsbeamten.

Gehalt 100 Thlr.

Das Dom. *Laszkow* in Polen, unmittelbar an der preuß. Grenze, ¼ M. vom Grenzzoll- und Postamt Bogusław, sucht einen praktischen, unverheiratheten deutschen, der polnischen Sprache mächtigen

Wirthschaftsbeamten

bald oder vom 1. Juli zu engagiren.
Persönliche Vorstellung erwünscht.

Ein erfahrener, zuverlässiger, thätiger erster Wirthschafts-Inspektor, der gut empfohlen und der deutschen wie polnischen Sprache mächtig ist, wird sofort gesucht. Schriftliche wie persönliche Anfragen werden entgegengenommen.

Dom. Gr. Rybno bei Kiszkowo.

Ein tüchtiger
Uhrmachergehülfe
mit Werkzeug versehen, kann sofort eintreten bei
Wittwe Vollert,
Strzelno.

Ein gebildetes Mädchen

wird sofort zur Unterstützung der Hausfrau gesucht. Wo sagt die Exped. dieser Zeitung.

Einen **Lehrling** mit Schulkenntnissen sucht **Louis Türk's** Buchhandlung.

Einen ordentlichen
Laufburschen
sucht
W. Tunmann,
vis-à-vis der Post-Einfahrt.

Ein Sohn rechtlicher Eltern, welcher das

Schmiedehandwerk

erlernen will, kann sich melden in der Schmiedewerkstätte der hiesigen Posthalterei.

Einen Lehrling

anständiger Eltern sucht **Hartwig Latz,**
St. Martin 74

Zwei Lehrlinge

werden zum sofortigen Antritte gesucht
Samuel Herz.

Für Zuckerfabriken.

Ein Mann, dem durch langjähr. Praxis in der Fabrikation sowohl, wie in der Einrichtung und Verwaltung von Zuckerfabriken eine anerkannt tüchtige Erfahrung zur Seite steht, und der auch mit dem neuesten Diffusions Verfahren vollständig vertraut ist, sucht als Siedemeister oder Inspector Stellung. Gefl. Offerten nehmen Mechaniker **Gebr. Mittelstraß** in Magdeburg entgegen.

Eine gepr. Erzieherin, katholisch, musikalisch, die der poln., deutschen und franz. Sprache mächtig ist, auch vom Engl. einige Kenntniß besitzt und schon mehrere Jahre in Privathäusern und öffentlichen Anstalten gewirkt hat, sucht v. 1. Mai d. J. ein Unterkommen. Adr fr. poste restante A. A. A. Posen

---

Einen **Lehrling** sucht

C. F. Schuppig.

Sofort gesucht **2 Lehrlinge** für das Galanterie-, Glas-, Porzellan- und Kurzwaaren-Geschäft von

Carl Schmidt,

vorm. *S. J. Reinert* in **Bromberg.**

Ein tüchtiger Küfer,
dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht zum sofortigen Eintritt ein Engagment. J Gef. Off. sub Chiffre *M. Z.* werden in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Ein gewandter

Commis,

mit guten Zeugnissen versehen, sucht sofort oder per 1. Mai cr. Stellung. Gefällige Offerten bitte unter **H. W.** poste restante **Bentschen** einzusenden.

Ein **junger solider Mann** mit gutem Auskommen sucht eine Lebensgefährtin. Verschwiegenheit Ehrensache. Gfl Offerte unter *A. B. Nr. 100* in der Posener Zeitungs-Expetion franco.

Verloren!
Auf dem Wege von der Judenstr. nach dem Saisontheater ist am 15. d. M. eine **rothe Korallenbroche** verloren gegangen. Der ehrliche Finder erhält 1 Thlr. Belohnung Judenstr. 31 bei der Wittwe **Broh.**

M. 19. IV. A. 6½. M. C. und B
eodem A 7 Uhr R. I. —

Garnison-Kirche.

Donnerstag den 20. April, Abends 6 Uhr, Abendgottesdienst, Herr Militair-Oberpfarrer **Händler.**

Familien-Nachrichten.

Die gestern Abend erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, **Eugenie** geb. **Blumenthal**, von einem gesunden Mädchen zeige ich Verwandten und Freunden statt besonderer Mittheilung hiermit an.

Posen, den 18. April 1871.

B. Kaschlaw.

Allen Verwandten und Freunden theile ich tief betrübt um stille Theilnahme bittend mit, daß am 16. d. M. meine inniggeliebte brave Frau

Friederike, geb. **Mikulska,**

nach viertägigem Krankenlager am Scharlach im 30. Lebensjahre ihrem an derselben Krankheit am 1. d. M. vorangegangenen einzigem Söhnchen durch den unerbittlichen Tod gefolgt ist. Die Beerdigung findet Mittwoch den 19. d. M. Nachm. ¾4 Uhr von Mullackshausen aus (Breslauer Chaussee) statt.

Fabianowo Ziegelei, den 18. April 1871.

Gustav Glaesemer
nebst Kinder.

Die den 16. d. M. früh 6 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Mathilde** von einem Knaben zeigt hiermit ergebenst an

Gałązki.

A. Salfeld.

Annonce.
Bei meinem Scheiden von Wollstein sage allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Rosalie Meseritz.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Frl. Louise Granse mit Herrn Gustav Zimmermann in Berlin, Frl. Friederike Fischer mit Herrn Rudolf Jeck in Pyritz — Berlin, Frl. Emma Hoppenworth mit Hrn. Carl Müller in Berlin, Frl. Clara Hagen mit Hrn. Oberförster Winkel in Gilgenan — Forsthaus Purden, Frau Elise Kallmeyer geb. Pendow mit Hrn. Gymnasiallehrer Adolf Schultze in Ratzeburg — Oldenburg, Frl. Anna Marzahn mit Hrn. Adolph Hasländer in Berlin.

Geburten. Ein Sohn: dem Post-Assistent in Berlin, Hrn. Karl Küster, Hrn. Franz Adam in Berlin, Hrn. Oskar Böhm in Berlin, Hrn. Otto Westphal, Hrn. Emil Koch in Berlin, Hrn. Friedr. Nobiling in Altona, Hrn. Julius Vogel in Cottbus, dem Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Carl Brandt in Culm, dem Prem.-Lieut. Oldwig v. Natzmer in Oels, Hrn. Heinrich Raetke, Hrn. Julius Kurz in Berlin, Hrn. H. Donath in Berlin. Eine Tochter: dem Oberförster Oehme in Schönwalde, Hrn. Herrmann Ruppell in Gramzow, dem Kreisrichter Julius Litzmann in Jüterbog, dem Professor Grohé in Greifswald, dem Pastor Pirscher in Haselbach dem Rittergutsbesitzer Fengler in Altkranz, Hrn. Robert Welsch in Belgard, dem Oberst u. Pionier-Inspektor Kloß in Magdeburg, dem Prem.-Lieut. Beutler.

Saison-Theater in Posen.

(Königsstraße Nr. 1.)

Dienstag den 18. April.
Abschieds-Vorstellung d. Frl. **Anna Schramm** vom Wallner-Theater zu Berlin.

Drei Paar Schuhe. Posse mit Gesang in 3 Akten nebst einem Vorspiel von Görlitz. Musik von Conradi. 4 Einlagen, gesungen von Frl. Schramm: 1) „Wer was Tüchtiges leisten thut." 2) „Du hast mir nie geliebt." 3) „Frauen-Schüchternheit." 4) „Nun, das ist doch sehr pikant."

Emil Tauber's

Volksgarten-Theater.

Dienstag, den 18. April:
Die beiden Eifersüchtigen.
Guten Morgen Herr Fischer.
Ballet 2c.

Die Direction.

Börsen-Telegramme.

Börse zu Posen

am 18. April 1871.

Fonds: Kein Geschäft.

[Amtlicher Bericht.] **Roggen.** pr. Frühjahr 48¾, April 48¾, April-Mai 48¾, Mai-Juni 48¾, Juni-Juli 49⅝, Juli-August 50

Spiritus [mit Faß] gekündigt 60,000 Quart. pr. April $14\frac{7}{12}$, Mai $14\frac{19}{24}$, Juni 15⅛, Juli 15¼, August 15⅝. Loko-Spiritus (ohne Faß) 14½ —$14\frac{5}{12}$.

[Privatbericht.] **Wetter:** schön. **Roggen:** flau. pr. April 48⅞ bz. u. B., April-Mai do., Mai-Juni 49 bz u. B, 48⅞ G., Juni-Juli 50—49⅞ bz., G u. B. Juli-August 50 G.

Spiritus: matter. Gekündigt 60,000 Quart. pr. April 14⅞—$\frac{7}{12}$ bz., G. u. B., Mai 14⅞—$\frac{19}{24}$ bz. u. G., Juni 15⅛—⅛ bz. u. B., Juli 15¼ B, August 15⅝ B. Loko ohne Faß $14\frac{5}{12}$ bz.

Produkten-Börse.

Berlin, 17. April. Wind: SSW. Barometer: 27⁸. Thermometer: 12° +. Witterung: Regen. — Die Stimmung für **Roggen** war heute wieder sehr gedrückt und besonders hat nahe Lieferung unter dem Einfluß der Kündigungen im Werthe nachgeben müssen, während die entfernteren Termine bei zurückhaltendem Angebot dem Rückschritt mehr widerstrebten. Es kam nur zu mäßigem Handel auf Termine und loko machte sich der Verkauf trotz nur wenig verstärktem Angebot schwierig. Eigner waren zur Nachgiebigkeit genöthigt. Gekündigt 22,000 Ctr. Kündigungspreis 51⅝ Rt. per 1000 Kil. — **Roggenmehl** unbelebt und matter. Gekündigt 500 Ctr. Kündigungspreis 7 Rt. 23 Sgr. per 100 Kilogr. — **Weizen** still und kaum behauptet. — **Hafer** loko gut verkauflich, Termine ohne Aenderung. — **Rüböl** ließ sich nur zu weiter ermäßigten Preisen verkaufen. Die Käufer bewahrten große Zurückhaltung. Gekündigt 600 Ctr. Kündigungspreis 25¾ Rt. per 100 Kilgr. — **Petroleum,** gekündigt 125 Ctr. Kündigungspreis 13¾ Rt. per 100 Kilogr. — **Spiritus** in sehr matter Haltung und Preise zu Gunsten der Käufer. Gekündigt 80,000 Liter. Kündigungspreis 16 Rt. 15 Sgr. — **Weizen** loko pr. 1000 Kilgr. 61—82 Rt. nach Qual., per diesen Monat —, April-Mai 79½ Rt. B., Mai-Juni 78¾ bz., Juni-Juli 78¾ B., 78½ G, Juli-August 78¾ bz, Sept.-Okt. 75½ B. — **Roggen** loko pr. 1000 Kilgr. 50½—53½ Rt. nach Qual, poln. 50¾—52½ ab Bahn bz., inl. 52⅝ ⅜ ab Bahn und ab Kahn gehandelt, per diesen Monat 51⅞—½ bz., April-Mai do., Mai-Juni 52—51⅞ bz., Juni-Juli 53⅛ —52⅞ bz., Juli-August 52⅞—53—52⅞ bz. — **Gerste** loko per 1000 Kilg. große und kleine 39—60 Rt. nach Qual. — **Hafer** loko per 1000 Kil. 43—54 Rt. nach Qual., per diesen Monat —, April-Mai 49½ bz., Mai-Juni do., Juni-Juli 49½ bz., Sept.-Okt. 46½ bz. — **Erbsen** pr. 1000 Kilgr. Kochwaare 51—61 Rt. nach Qual., Futterwaare 44—50 Rt. nach Qual. — **Leinöl** loko per 100 Kilgr. ohne Faß 24¾ Rt. — **Rüböl** pr. 100 Kilgr. loko ohne Faß 26½ Rt., per diesen Monat 26—25¾ bz., April-Mai do., Mai-Juni 26—25¾ bz., Juni-Juli 25¾ bz., Sept.-Okt. 25½—¼ bz. — **Petroleum** raffin. (Standard white) pr. 100 Kil. mit Faß: loko 14 Rt., per diesen Monat 13½ Rt. bz., April-Mai do., Sept.-Okt. 14½ bz. — **Spiritus** pr. 100 Liter à 100 % = 10,000 % loko ohne Faß 16 Rt. 10 Sgr. bz. per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 16 Rt. 16—15 Sgr. bz., April-Mai do., Mai-Juni 16 Rt. 20—18 Sgr. bz., Juni-Juli 17 Rt. 3—1 Sgr. bz., Juli-August 17 Rt 13—11 Sgr. bz., Aug.-Sept. 17 Rt 20—18 Sgr. bz, Sept.-Okt. 17 Rt. 20 Sgr. bz. — **Mehl.** Weizenmehl Nr. 0 $10\frac{7}{12}$—$9\frac{11}{12}$ Rt., Nr. 0 u. 1 9⅝—9⅛ Rt. Roggenmehl Nr. 0 8⅛—8 Rt, Nr. 0 u. 1 $7\frac{19}{24}$—$\frac{7}{12}$ Rt. pro 100 Kilg. Br. unversteuert inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 pr. 100 Kil Brutto unverst. inkl. Sack; per diesen Monat 7 Rt. 23½ Sgr. bz. April-Mai do., Mai-Juni do., Juni-Juli 7 Rt. 24 Sgr. G., Juli-Aug 7 Rt. 23½—24 Sgr. bz (B. H. Z.)

Stettin, 17. April. **An der Börse.** (Amtlicher Bericht.) Wetter: Therm.: + 12° R. Barom.: 27. 8. Wind: SW. — **Weizen** nahe Termine höher, spätere unverändert, p. 2000 Pfd. loko geringer gelber, 58—64 Rt., besserer 65 72 Rt., feiner 73—80 Rt., weißer und weißbunter feiner 79—83 Rt., per Frühjahr 80—81 bz. u. B, Mai-Juni 80—80½ bz. u. G., ½ B., Juni-Juli 80½, ¾ bz., Juli-August 80¾—81 bz., August-Sept. 80½ ¾ bz. u. B., Sept.-Okt. 77½ B. u. G. — **Roggen** unverändert, p. 2000 Pfd. loko 50—52½ Rt., pr. Frühjahr 51½ bz. u. G., Mai-Juni 52¼, ½ bz. u. B., Juni-Juli 53, 53¼ bz., Juli August 53¼ B. u G., Sept.-Okt. 52¾ B — **Gerste** behauptet, p 2000 Pfd. loko 45—50¾ Rt. — **Hafer** matter, p. 2000 Pfd. loko 45—47½ Rt., pr. Frühjahr 48 G. — **Erbsen** stille, p. 2000 Pfd. loko Futter- 46—48 Rt., Koch- 49 50½ Rt., Frühjahr Futter- 49¾ bz. — **Angemeldet:** nichts. — **Regulirungspreise:** Weizen 80½ Rt., Roggen 51½ Rt., Rüböl 26 Rt., Spiritus 16⅝ Rt. — **Rüböl** matt, p. 200 Pfd. loko 26⅝ Rt. B, pr. April-Mai 2 bz. u. G., Mai-Juni $26\frac{1}{12}$ bz., Sept.-Okt. $25\frac{1}{24}$ bz., Okt. 25 G. — **Spiritus** wenig verändert, pr 100 Litres a 100 % loko ohne Faß und kurze Lieferung 16¼ Rt. bz., Frühjahr 16⅝ nom., Mai-Juni 16⅝ B., ⅜ G., Juni-Juli $17\frac{1}{12}$ B, 17 G., Juli-August 17½ B., ¼ G., August-Sept. 17½ bz. u G. — **Petroleum** loko 6⅞, $\frac{19}{24}$, ⅝ Rt. bz., 6⅝ B., neue Usance per Sept. 7 Rt. bz, Sept.-Okt. 7 B., Okt. $7\frac{1}{12}$ bz., Nov.. 7½ B. — **Leinsamen,** Pernauer 14 Rt. bz. (Ostſ.-Z.)

Breslau, 17. April [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] **Kleesaat,** rothe, angeboten, ord. 14—15, mittel 16—17½, fein 18½—20 Thlr., hochfein 20—21 Thlr. **Kleesaat,** weiße, niedriger, ordin. 14—16, mittel 17—19, fein 19—20, hochfein 20—21½ Thlr. — **Roggen** (p. 2000 Pfd.) behauptet, pr. April u. April-Mai 50 bz. u. G., Mai-Juni 50½ G., Juni-Juli 51⅝ G., Juli-August 52 B., August-Sept. 52 bz. — **Weizen** pr. April 72 B. — **Gerste** pr. April 47½ B — **Hafer** pr. April 48 G. — **Lupinen** matt, p. 90 Pfd. 46—50 Sgr. — **Raps** pr. April 111 B. — **Rüböl** niedriger, loko $12\frac{5}{12}$ B., pr. April u. April-Mai 12½ B., Mai-Juni 12½ B. Sept.-Okt. 12 bz — **Rapskuchen** pro Ctr. 66—68 Sgr. — **Leinkuchen** pro Ctr. 84—86 Sgr. — **Spiritus** fester, loko pr. 100 Liter à 100 % $15\frac{5}{12}$ B., $15\frac{3}{10}$ G., pr. 100 Liter a 100 % pr. April und April-Mai $15\frac{5}{10}$ bz., Mai-Juni 16 B., Juni-Juli $16\frac{2}{10}$ G., Juli-August 16¾ a $\frac{5}{10}$ bz. u. G.

Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.

Breslau, den 17 April.

Festsetzungen der polizeil. Kommission.	In Silbergroschen pro preuß. Schffl. feine	m.	ord. W.	In Thlr., Sgr. und Pf. pro 200 Zollpfund = 100 Kilogramms. feine						mittle						ord. Waare		
Weizen w.	93—95	89	79—86	7	11	-	7	16	—	7	2	—	6	8	—	6	25	—
do. g.	92—93	90	80—86	7	9	-	7	11	—	7	4	-	6	10	—	6	25	—
Roggen	63—64	62	59—61	5	—	—	5	2	—	4	27	6	4	20	—	4	25	—
Gerste	52—55	49	43—45	4	21	—	4	29	—	4	13	-	3	26	-	4	2	—
Hafer	35—36	34	32—33	4	20	-	4	24	—	4	16	—	-	—	—	4	12	-
Erbsen	72—76	70	65—68	5	10	—	5	19	—	5	5	—	4	24	-	5	1	—

Festst. d. v. d. Handelsk. eing. Komm.	In Silbergroschen pro 150 Pfd. Brtt.		
Raps	230 Sgr.	220 Sgr.	210 Sgr.
Winterrübsen	220 „	210 „	194 „
Sommerrübsen	200 „	190 „	174 „
Dotter	174 „	164 „	150 „
Schlaglein	192½ „	182½ „	160 „

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Neueste Depeschen.

Paris, 17. April. Ein Bericht Cluserets und Dombrowskis vom 16. April meldet: Der gestrige Kampf auf dem Zentrum und dem linken Flügel war äußerst erbittert, vom rechten Flügel wurden päpstliche Zuaven in der Kirche von Neuilly umzingelt, wo heißt gekämpft wurde, bis die Fahne der Kommune auf der Kirche aufgepflanzt wurde. Ein neues Viertel von Neuilly wurde besetzt, drei Barrikaden, die Fahne der päpstlichen Zuaven und eines Linien-Infanterie-Regiments wurde erobert. Die Kommune bereitet Maßregeln vor, wodurch die verlassenen Arbeiterwerkstätten sofort wieder in Betrieb gesetzt werden sollen, nicht durch die, welche sie verließen, sondern durch eine cooperative Assoziation von Arbeitern, welche dort beschäftigt waren. Die Arbeitgeber werden bei der Rückkehr entschädigt werden.

Versailles, 17. April. [Nationalversammlung.] Picard bestätigt die Wegnahme des Schlosses Beçon, wobei Oberst Davoust sich besonders ausgezeichnet. Verlust der Regierungs-Truppen unbedeutend. Eine Batterie auf Beçon wurde gegen die Insurgentenbatterien bei Asnières und Clichy errichtet. Die Behauptung des „Officiels" der Kommune, die angebliche Eroberung von Fahnen der Regierungstruppen durch Föderirte betreffend, sei unbegründet, da weder das im offiziellen Blatte genannte Regiment noch die päpstlichen Zuaven Fahnen führen.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.